Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1947, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 8. März 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 56

Demokratische Fürstenlakaien

Demokraten-Aufruf gegen Volksbegehren

Die **demokratische Parteileitung** erläßt nach einem Beschluß der demokratischen Reichstagsfraktion einen **Aufruf, worin sie sich für den neuen Kompromißentwurf** erklärt, und ihre Mitglieder auffordert, sich **nicht am Volksbegehren zu beteiligen**, „das angesichts der Unsicherheit des Ausganges und der Bedenken gegen seine Formulierung nur dann zu empfehlen war, wenn eine annehmbare parlamentarische Regelung nicht erreicht worden wäre." Der Parteiausschuß soll am kommenden Mittwoch um seine Zustimmung ersucht werden.

Der neue Kompromißentwurf sieht die bekannten „Verbesserungen" vor, die das Zentrum forderte. **Es bleibt bei einem Sondergericht, das aus fünf Berufsrichtern und vier sogenannten Laien besteht.** Wie uns berichtet wird, haben die Demokraten diesen Beschluß **auf den Druck Luthers** hin gefaßt. Luther drohte in der Besprechung der Regierungsparteien, die Regierung hochfliegen zu lassen und **die Demokraten auszuschiffen**, wenn sie nicht klipp und klar für die Kompromißlösung eintreten würden.

Die Demokratische Partei stellt sich damit **im Gegensatz zu großen Teilen ihrer Anhänger**, die bereits die Beteiligung am Volksbegehren gefordert und beschlossen haben. Besonders **die Jungdemokraten von Bayern, Hamburg und Berlin haben dem Volksbegehren zugestimmt.** Es bleibt abzuwarten, wie weit die Massen der kleinbürgerlichen Anhänger der Demokraten der Parole der Parteileitung folgen werden.

Im „Berliner Tageblatt" beginnt bereits eine „parlamentarische Seite" die Aussichten für die Annahme des Kompromißentwurfes zu untersuchen. Die parlamentarische Seite schreibt:

„Für das Zustandekommen des Kompromisses ist eine Zweidrittelmajorität im Reichstage notwendig, da der Kompromißgesetzentwurf als verfassungsändernd angesehen wird. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, **dürfte die Sozialdemokratie bei der weitgehenden Fassung des Kompromißentwurfes sich doch entscheiden dafür, zu stimmen.** Es fehlen dann bei der Zustimmung der Sozialdemokraten an der Zweidrittelmehrheit noch fünf Stimmen. Das Jünglein an der Wage werden daher letzten Endes die Deutschnationalen bilden."

Es ist interessant, daß **die Demokraten bereits mit der Zustimmung der Sozialdemokraten rechnen** und die Frage der Zustimmung der Deutschnationalen nur ganz nebenbei behandeln. Allerdings versuchen sie, den Monarchisten dadurch Angst zu machen, daß sie behaupten, bei einem Scheitern des Kompromisses würde eine Volksbewegung entstehen, die die jetzige Bewegung weit in den Schatten stellt.

Wir glauben, daß **diese Steigerung als Antwort auf die Kuhhandelei der Bürgerlichen schon jetzt entstehen muß und entstehen wird.** Im „Berliner Tageblatt" wird noch mitgeteilt, daß Voraussetzung für das Zustandekommen des Kompromisses überhaupt war, daß die Parteien, die dem Kompromiß zustimmen, sich am Volksbegehren nicht beteiligen. **Diese Nichtbeteiligung** an dem Volksbegehren stellt **einen Teil des Kompromisses** dar.

Rebellion der demokratischen Mitglieder gegen ihre Parteileitung

Gründung eines demokratischen Ausschusses für Volksbegehren — Die demokratische Jugend ruft zum Volksentscheid auf

Nachdem sich bereits ein **„staatsbürgerlicher Ausschuß für Förderung des Volksbegehrens"** gebildet hat, dessen Mitglieder — darunter der demokratische Abgeordnete **Ruschke** — durchweg als Mitglieder der Demokratischen Partei **entgegen der Parole der Parteileitung für die Unterstützung des Volksbegehrens** aufrufen, schreibt der **Generalsekretär der deutschen demokratischen Jugend, Walter Scholz**, in der **„Welt am Montag"**:

Meine heutige Warnung an die Jugend im ganzen Reich und nicht nur an die demokratische, sondern an die gesamte, besonders auch an die in den Windhorst-Bünden organisierte Zentrumsjugend ist: zeigt, daß Ihr nicht nur die politische Reife, sondern sogar das politische und soziale Verständnis habt, welches vielen Eurer älteren Parteifreunden in dieser und auch in anderen Fragen leider fehlt. Seit dem 4. März liegen die Listen zur Eintragung zum Volksentscheid öffentlich aus. Nicht ein einziger wahlberechtigter Jugendlicher darf seine Eintragung versäumen."

Eine Fürstenkonferenz gegen das Volk

Bestechungsgelder für die Fürstenknechte und ihre Presse

Aus Amsterdam wird gemeldet, daß vor wenigen Tagen in Doorn eine Sitzung verschiedener früherer deutscher Fürsten sowie ihrer Interessenvertreter stattgefunden hat, in welcher die Konteraktion gegen den Volksentscheid beraten wurde. Wilhelm II. führte selbst den Vorsitz. Es wurde beschlossen, sehr hohe Geldmittel zur Beeinflussung der Presse sowie führender politischer Persönlichkeiten flüssig zu machen.

*

Wie „schlecht" es den „armen" Fürsten geht, beweist folgende Meldung der „Neuen Preußischen Kreuzzeitung":

„Seine Kaiserliche Hoheit, der deutsche Kronprinz, ist in Minusio in der Schweiz eingetroffen, wo er die Villa Roccabella gemietet hat. Der Kronprinz gedenkt für einige Monate Aufenthalt in Minusio zu nehmen.

Das neueste Fürstenkompromiß,

die Demokraten und das hallische „Volksblatt"

Halle, 8. März.

Die Regierungsparteien haben am Ende der letzten Woche ein „neues" Fürstenkompromiß geschlossen, das der demokratischen Reichstagsfraktion gestattete, endgültig in das Lager der Fürstenfreunde hinüberzuschwenken. Die schwankende Stellung, die die Demokraten in den letzten Tagen eingenommen hatten, war lediglich dadurch zu erklären, daß **durch den Druck der Mitgliedermassen zahlreiche Landesverbände** sich geschlossen für das Volksbegehren ausgesprochen hatten, so daß man mit Rücksicht auf diese Wählermassen in gewisser Weise mit dem Volksbegehren liebäugeln mußte.

Als Begründung für dieses Einschwenken in die Fürstenfront gibt die Leitung der Demokratischen Partei an, daß das Kompromiß in der Fürstenfrage zugunsten der demokratischen Vorschläge umgemodelt worden sei. In Wirklichkeit jedoch ist diese „Verbesserung des Kompromisses" ein **Lügenmanöver sondergleichen.** Nichts ist gebessert. Alles ist beim alten geblieben. Die Lüge, daß Verbesserungen erzielt worden seien, ist nur der Vorwand für die demokratische Parteileitung, um sich von dem lästigen Volksbegehren loslösen zu können.

Die Demokraten hatten vorgegeben, dem ersten Kompromißentwurf könne deshalb nicht zugestimmt werden, weil die Entscheidung über die Fürstenvermögen in den Händen eines Sondergerichtes liege, das, von durch Hindenburg ernannte Berufsrichter gebildet, keine Garantie böte, daß die Materie der Fürstenvermögen in einer einigermaßen erträglichen Weise gelöst würde. Die Demokraten plädierten für eine **parlamentarische Kontrolle** dieser Materie, als wenn nicht gerade das Parlament bei dieser Frage mehr als versagt hätte.

Ferner hatten die Demokraten in ihrer Kritik gegenüber dem früheren Kompromiß geäußert, daß das bisher vorliegende Kompromiß durchaus keine rückwirkende Kraft habe. Man müsse aber gerade das schon begangene Unrecht durch ein neues Gesetz wieder aus der Welt schaffen. Auch in diesem Punkt bleibt das „neue" Kompromiß gänzlich fruchtlos. Von einer rückwirkenden Kraft kann nicht die Rede sein.

Trotzdem verkündet das „Volksblatt" vom Sonnabend in einem Leitartikel, der die Ueberschrift trägt: „Keine Lösung", daß das neue Fürstenkompromiß einen erheblichen Vorteil gegenüber dem alten aufweise. Das „Volksblatt" gibt auf diese Weise in Ermangelung eines hier nicht existierenden demokratischen Blattes „die Aufklärung" für die demokratischen Wähler **im Sinne der demokratischen Reichstagsfraktion.** Das „Volksblatt" schreibt wörtlich:

„Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dieses neue Kompromiß erhebliche Verbesserungen gegenüber dem alten enthält. Die Richter sind zur Hälfte aus Berufsjuristen und zur anderen Hälfte aus Laien zusammengesetzt. Dauernder Vorsitzender soll der demokratische Reichsgerichtspräsident Dr. Simons sein. Aller Besitz der Fürsten, der auf Souveränitätsakte zurückgeht, soll entschädigungslos an den Staat fallen. Die großen Herrschaften Krojante-Zlatow, Wusterhausen, die Schmalkaldener Forsten und auch die Oesser Besitzung des ehemaligen Kronprinzen soll der Staat zurückerhalten. Und nur das, was als einwandfreier Privatbesitz und aus privaten Mitteln erworben festgestellt wird, soll entschädigt werden. Auch in diesem Fall, für den die ehemaligen Fürsten den Beweis anzutreten haben, ist eine eventuelle Enteignung des beanspruchten fürstlichen Besitzes vorgesehen, falls das öffentliche Interesse es erfordert."

Diese „demokratische Aufklärung" ist mehr als skandalös, nicht nur, weil sie durchaus falsch und verkehrt ist, sondern weil diese „Aufklärung" von einem Blatt gegeben wird, das, parteimäßig gesehen, für das Volksbegehren und für den Volksentscheid eintritt. Tatsache ist, daß der neue Gesetzentwurf zur Hälfte aus Berufsjuristen, zur anderen Hälfte aus Laien zusammengesetzt werden soll. Der frühere Gesetzentwurf sah ein Richterkollegium vor, das lediglich aus Berufsrichtern bestand. Aber trotzdem wird **kein Deut an dem Sinn des früheren Fürstenkompromisses** geändert, weil der Vorsitzende ebenfalls Berufsrichter ist und dieser Vorsitzende die ausschlaggebende Stimme besitzt. Den vier Laienrichtern stehen nicht vier, sondern fünf Berufsrichter gegenüber, so daß bei allen Fragen die sogenannten **Laienrichter, die ebenfalls von Hindenburg ernannt (!) werden,** von den fünf Berufsrichtern überstimmt werden können. Von einer Verbesserung gegenüber dem früheren Kompromißentwurf kann nur ein Demagoge reden oder ein Mensch, der von den Auswirkungen juristischer Spitzfindigkeiten keine Ahnung hat. Das Richterkollegium, das in jedem Fall hindenburgisch sein wird, hat nämlich darüber zu entscheiden, was „Staatseigentum" und was „Privateigentum" ist. Es ist nichts anderes als unverantwortliche Demagogie, wenn das „Volksblatt" erklärt, daß durch das neue Kompromiß entschieden sei, welche Güter an den Staat und

Roter Tag von Teutschenthal

Massenschwur am Grabe der Märzgefallenen zur Sammlung in der Roten Front

Der Rote Tag in Teutschenthal wurde mit einer Kundgebung bereits am Sonnabendabend eingeleitet, die sehr stark besucht war und in der der Genosse **Maslowski**, Halle, über die historische Bedeutung der Märztage gerade für das Teutschenthaler Gebiet sprach. Auffallend war der außerordentlich gute Besuch durch die **Frauen.**

Am Sonntagfrüh begann das große Sammeln. Von allen Seiten rückten die Kolonnen des Roten Frontkämpfer-Bundes in das schwarze Gebiet des Großagrariers **Wenzel** ein. Von Halle allein ließen sich ungefähr 4500 Frontkämpfer auf 14 Lastautos mit Anhängerwagen nach Teutschenthal befördern. In allen Orten, Lettin, Dölau, Salzmünde, Cöllme, wurden die vollbesetzten Wagen mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Insbesondere war in Lettin fast die gesamte Bevölkerung auf den Beinen. Die Agitationslokale für das Volksbegehren waren sehr stark besetzt.

In **Langenbogen** wartete am Ausgang des Ortes eine große Menschenmenge auf die Ankunft der hallischen Autos. Unter Tromelmirbel marschierten die 1500 Frontkämpfer in Langenbogen ein, wo sich die Arbeiterturner, Arbeiter-Radfahrer und die Ortsgruppen des RFB. und der KPD. Langenbogen anschlossen. Die Häuser waren verlassen, Männer, Frauen und Kinder, alles hatte sich in der Nähe des Friedhofes versammelt, um an der **Einweihung eines Gedenksteines** für den im Jahre 1924 meuchlings erstochenen **Genossen Paul Schmidt** teilzunehmen. Aus dem Gasthof lugten neugierig einige Schupo-Gesichter hervor, ein Teil der Schupo lag, anscheinend vollkommen erschöpft, auf den Bänken des Gastzimmers. Auf dem Friedhof erinnerte Genosse **Lademann** an die systematische Mordhetze der feigen Hintermänner Wenzel und Direktor Köhler, die auch in Langenbogen den Fememord eingeführt haben. Wir setzen das Denkmal für den Genossen Paul Schmidt als Gelöbnis, das zu vollenden, was der Genosse Paul Schmidt mit uns begonnen hat. 2000 Fäuste erhoben sich zum Schwur, dieses Gelöbnis zu halten.

Die Fahrt ging bei Märzenwetter weiter nach **Teutschenthal.** Schon der Einzug der Frontkämpfer aus Halle, denen sich inzwischen noch die umliegenden Ortsgruppen angeschlossen hatten, gestaltete sich zu einer **gewaltigen Kundgebung.** U. a. waren erschienen eine große Anzahl von Ortsgruppen des Saalkreises, Delegationen aus Eisleben und Helfta, Gerbstedt, Mansfeld. Sogar die Ortsgruppen Merseburg und des Geiseltales waren auf ihren Lastwagen nach Teutschenthal gekommen. Teutschenthal machte an diesem Tage nicht den Eindruck einer reaktionären Hochburg, wo der Gutsbesitzer Wenzel unumschränkt herrschen kann. **Mindestens jedes dritte Haus war mit roten Fahnen und Girlanden geschmückt,** fast alle Einwohner trugen die Festabzeichen des Roten Tages, über den Straßen begrüßten rote Schilder die Einziehenden mit „Rot Front".

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0001

welche Güter an die Fürsten fallen sollen. Diese Frage soll ja gerade erst das Richterkollegium entscheiden. Wie es entscheiden wird, das ist bei seinem fürstendienerischen Charakter von vornherein klar.

Der neue Gesetzentwurf gleicht in seiner Wirkung vollkommen dem alten Kompromißentwurf. Er ist lediglich etwas demagogisch aufgeputzt, um den Volksmassen Sand in die Augen zu streuen und den demokratischen Führern zu ermöglichen, restlos in die Fürstenfront einzuschwenken.

Die demokratischen Wähler, die zum größten Teil für das Volksbegehren eingetreten sind, werden sich weder durch die Entscheidung ihrer Reichstagsfraktion, noch durch die Ausführungen des „Volksblatts", das von einer „Verbesserung" des Kompromißentwurfs spricht, abhalten lassen, ihre Pflicht beim Volksbegehren und beim Volksentscheid zu tun. Sie werden nicht nur an diesem Beispiel allmählich begreifen lernen, daß weder ihre demokratischen Führer, noch die sozialdemokratische Presse ihnen eine wirkliche Aufklärung bringt, sondern, daß dies lediglich die kommunistische Presse tut, die alle demagogischen Kniffe durchschaut. Die KPD. ist nicht nur diejenige Partei, die den Anstoß für den Volksentscheid gegeben hat, sondern ihn auch am konsequentesten durchführt.

Einzeichnungsresultate

Die erste Viertelmillion in Berlin

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. März.

Die Beteiligung am Volksbegehren hat in den letzten zwei Tagen eine starke Steigerung erfahren. In den ersten beiden Tagen hatten sich in Berlin rund 86 000 Stimmberechtigte eingetragen. Am Sonnabend war die Beteiligung im allgemeinen um ein Drittel größer als in den vorhergegangenen Tagen: es trugen sich etwa 70 000 Wahlberechtigte in die Listen ein. Die Beteiligung am Sonntag war noch wesentlich stärker. Nach Schätzungen hat mit den heute abgegebenen Stimmen die Zahl der Eintragungen in Berlin die erste viertel Million nahezu erreicht.

Ein genaues Resultat über das Ergebnis am Sonnabend konnte leider bisher nicht ermittelt werden, da das Berliner Zentral-Wahlamt am Sonntag es vorgezogen hatte, sein Bureau geschlossen zu halten.

Die Kommunisten hielten an verschiedenen Plätzen Versammlungen ab und zogen mit größeren Propagandatrupps durch die Straßen. Kleinere Trupps gingen in die Höfe, riefen dort durch einen Trompetenstoß oder durch Trommelwirbel die Bewohner an die Fenster, hielten kurze Ansprachen und forderten zur Einzeichnung in die Listen auf.

*

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 8. März.

In den ersten vier Tagen haben sich 12 000 in die Listen zum Volksbegehren eingetragen. Da die Stadt nur sehr wenig Lokale zur Verfügung gestellt hat, war stets ein starker Andrang.

*

Halle

Aus Halle liegen noch immer nur Teilresultate vor. Wir können im Augenblick nicht feststellen, woran es liegt, daß die Zahl der Eingezeichneten nicht bekanntgegeben wird. Wahrscheinlich ist das ein Teil der allgemeinen Sabotage gegen das Volksbegehren. Wir müssen also schon in diesem Zusammenhang unsere Genossen, vor allen Dingen auch die Mitglieder des Einheitskomitees auffordern, unbedingt jeden Abend — und das gilt auch für alle übrigen Orte im Bezirk — die Eintragungen zu kontrollieren und die Zahl uns sofort mitzuteilen.

Nach den vorliegenden Berichten nimmt die Zahl der Eintragungen ständig zu. Zum Beispiel hatten sich in dem Lokal Talamtschule am 4. März 138, am nächsten Tage 144, am 6. März 226 und am gestrigen Sonntag bereits 1101 Stimmberechtigte eingezeichnet. Dieselbe aufwärtssteigende Linie zeigen die Resultate aus der Glauchaschule: 4. März: 112, 5. März: 156, 6. März: 198, 7. März: 274. Dasselbe Bild ergeben fast alle anderen Wahllokale. Durchschnittlich hat jedes Wahllokal über 1000 erreicht, was bei den zwölf Wahllokalen auf etwa 15 000 Eintragungen in der Stadt Halle schließen läßt.

Ammendorf

Bis gestern abend hatten sich von 7508 Stimmberechtigten bereits 2500 eingezeichnet. Der gestrige Sonntag brachte vor allen Dingen einen Massenzustrom von kleinen Geschäftsleuten zu dem Versammlungslokal. Auch alte Leute, Invaliden und Angestellte beteiligten sich außerordentlich rege an der Einzeichnung.

Völlberg

In Völlberg haben sich schon bis Sonnabend weit über die Hälfte aller Stimmberechtigten eingetragen. Man zählte nämlich von 639 Stimmberechtigten 389 Eintragungen.

Wörmlitz

Es haben sich hier bereits von 650 Wählern 415 für das Volksbegehren auf entschädigungslose Fürstenenteignung eingezeichnet.

Roter Tag von Teutschenthal

(Schluß von der 1. Seite.)

Nach kurzer Rast in den Lokalen von Teutschenthal, die natürlich die Massen nicht fassen konnten, fand auf dem Platz in der Mitte des Ortes die **Fahnenübergabe** durch die Gauleitung des RFB. **an die Ortsgruppe des RFB. Teutschenthal** statt. Der Genosse **Kaiser** wurde bei seiner Ansprache wiederholt stürmisch unterbrochen, insbesondere als er darauf hinwies, daß es die deutsche Arbeiterschaft satt hat, nur mehr Stimm- und Schlachtvieh zu sein. Die unverschämten Forderungen der Fürsten und ihrer Huren haben endlich erreicht, daß das werktätige Volk dem systematischen Ausbeutungsfeldzug ein Halt gebot. Die heutige Kundgebung von Teutschenthal ist ein Beweis dafür, daß **sich die rote Klassenfront wieder sammelt und zwar sammelt im Geiste des Angriffs, im Geiste von 1921.**

Ein **Zug von etwa 4000 Mann** formierte sich daraufhin zu einem Umzug durch Teutschenthal, an der Zwingburg des Großagrariers Wenzel vorbei, nach dem **Friedhof in Teutschenthal,** wo in der Mitte des Friedhofes die drei Gräber der Genossen **Fritz Henze, Albert Heise und Karl John** liegen. Trotz der wiederholt einsetzenden Regengüsse war der Friedhof schwarz von Menschen. Der **Genosse Lademann** gedachte in seiner Rede der Taten unserer gefallenen Kämpfer als ein Symbol der Siege und der Niederlagen des mitteldeutschen Proletariats. Der Gedenkstein mit der Inschrift „Es starben für Recht und Freiheit die Genossen Fritz Henze, Albert Heise und Karl John" wird uns heilig sein, als **Mahnmal der Pflichterfüllung** und **Selbstaufopferung** im Dienste des revolutionären Proletariats, aber auch als **Mahnmal unseres Hasses gegen die Reaktion,** der wir am Grabe unserer gefallenen Brüder den Schwur erneuern, für ihre Meuchelmorde Rache zu nehmen.

Die Gräber bedeckten sich mit den Kränzen der Ortsgruppendelegationen des RFB. aus den umliegenden Orten. Unter dem Gesang: „Ein Sohn des Volkes" fand die imposante Kundgebung in Teutschenthal ihr Ende.

Die Einwohnerschaft von Teutschenthal gab den abziehenden Abteilungen des Roten Frontkämpfer-Bundes noch das Geleit bis an den Ausgang des Ortes. Unter stürmischem „Rot Front" verabschiedeten sich die wiederum vollbesetzten Lastwagen.

Die Rückfahrt der hallischen Kameraden gestaltete sich zu einer **Agitationsfahrt für die Rote Front.** Aus allen Fenstern, Höfen, auf den Straßen wurden die Autos mit ungeheurer Begeisterung begrüßt.

Wir brauchen Hunderttausende

die am Schlepperdienst teilnehmen / Alle Zeitungsleser werden aufgefordert, sich in den Agitationslokalen zu melden.

„Ein Schurkenstreich in Sachsen"

Ein Sozialdemokrat über die Zustände in Sachsen

Unter obiger Ueberschrift schreibt der Chefredakteur der sozialdemokratischen Plauener „Volkszeitung", Fritz Bielig, in der neuesten Nummer der Levi-Korrespondenz folgendes:

„Die Parteigenossen im Reiche haben ein Recht darauf, zu erfahren, daß in Sachsen noch nicht ganz zwei Dutzend Parteimitglieder bereit und — wie es scheint — auch entschlossen sind, ein neues Verbrechen an der Partei zu begehen ... In den Vorberatungen mit den Vertretern des Parteivorstandes wurde Einmütigkeit erzielt, daß diese sozialen Anträge von der Gesamtfraktion sofort — also am 2. Februar — einzureichen, und daß der Landtag spätestens Anfang März aufzulösen sei. Telegraphisch wurde für den nächsten Morgen die gesamte Landtagsfraktion zusammenberufen, um sie zu dieser Entscheidung der Landesinstanzen Stellung nehmen zu lassen. Nach heftiger Aussprache in der Fraktion wurde mit 22 gegen 10 oder 12 Stimmen beschlossen, diese Anträge sofort einzureichen. Einige Abgeordnete der früheren Fraktionsmehrheit hatten ihren Widerstand ausgegeben. Die Minister, soweit sie Landtagsabgeordneie waren, baten, sie von dem Unterschreiben der Anträge zu entbinden, sie erklärten aber, daß sie selbstverständlich für diese Anträge stimmen würden. Held, der sogenannte Ministerpräsident, hatte persönlich versichert, daß der Landtag nicht mehr in die Osterferien gehen, d. h. also noch vorher aufgelöst werde. Nach dieser Wendung begnügte sich die Landesversammlung mit der Annahme eines Beschlusses, der die sofortige Einbringung der sozialen Anträge und die Auflösung des Landtages bis spätestens Anfang März aussprach. Von einer Abrechnung mit der Politik der Dreiundzwanzig und von der Austragung der Gegensätze in den Diskussionen der Landesversammlung wurde Abstand genommen ...

Die fünf Wochen seit der Landesversammlung haben neue Klarheit geschaffen: die Dreiundzwanzig werden den Beschluß nicht durchführen! Die sozialen Anträge wurden zwar sofort eingereicht. Aber schon, als sie im Plenum verhandelt wurden, waren merkwürdige Vorgänge zu beobachten. Die bürgerlichen Redner und besonders der bürgerliche Finanzminister griffen den Begründer dieser Anträge in der höhnischsten und hämischsten Weise persönlich an. Mit feixenden Gesichtern und sonstigen Beifallsbezeugungen wurden sie dabei von Abgeordneten der 23 unterstützt! Dann geschah das zweite: die Fraktionsmehrheit gab das nicht gehaltene Referat von Wirth als Sondermitteilungsblatt heraus! Die Fraktionsminderheit hätte das Recht gehabt, darauf zu antworten. Sie tat es nicht. Inzwischen behauptete ein bürgerliches Blatt, es hätten Besprechungen zwischen der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und den Dreiundzwanzig wegen der politischen Lage in Sachsen stattgefunden. Diese Behauptung ist von den Dreiundzwanzig bis heute nicht bestritten worden, jedenfalls, weil sie nicht bestritten werden kann. Im Plenum handelten sie bei der Abstimmung über den kommunistischen Auflösungsantrag gleichfalls gegen Vereinbarungen mit dem Parteivorstand, nach denen die Fraktion für die Ueberweisung an den Rechtsausschuß stimmen sollte. Im Landtagsausschuß, der die sozialen Anträge beraten muß, setzte die Sabotage der bürgerlichen Koalitionsparteien ein. Und schon jetzt kann festgestellt werden, daß diese Sabotage unterstützt wird durch die Regierung und die Fraktionsmehrheit. Nach dem Beschluß der Landesversammlung hat die Fraktion für die schleunige Verabschiedung der Anträge zu sorgen. Diese angeführten Einzelheiten könnten noch um zahlreiche vermehrt werden. Sie alle würden aber nur erhärten, was ohnehin feststehen scheint: trotz des Heidelberger Beschlusses, trotz des einmütigen Verlangens des Parteivorstandes, trotz des einstimmigen Beschlusses der letzten sächsischen Landesversammlung sind die dreiundzwanzig Abgeordneten **entschlossen, ihren Konflikt mit der Partei nicht zu beenden. Sie sind entschlossen, den Landtag im März nicht aufzulösen!** Bei der Beurteilung dieses neuesten Verbrechens können keine Milderungsgründe für sie angeführt werden. Sie wissen, daß die durch ihr Verhalten in der Partei eingetretene Spannung einen Grad erreicht hat, der nicht mehr zu steigern ist, ohne daß es zur Katastrophe kommt. Und deswegen bleibt zur Charakterisierung der Handlung als das, was sie ist, nur übrig zu sagen: **ein Schurkenstreich.**

*

Soweit Fritz Bielig. Wir glauben, daß sich insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter für die Zustände in Sachsen interessieren werden. Aber den linken Führern muß entgegengehalten werden, daß sie in der Presse die sächsischen Arbeiter nicht gegen die 23 mobilisieren, daß sie gegen die gemeinsame außerparlamentarische Aktion mit den Kommunisten sind, durch die die Auflösung des Landtages erzwungen werden könnte.

Die Berechtigung der Kritik, die die Kommunisten an der Politik der sächsischen linken SPD.-Führer geübt haben, wird jetzt von ihnen selbst bewiesen. Die sächsischen SPD.-Arbeiter müssen endlich daraus die Konsequenzen ziehen: **Zusammenschluß zur roten Front, gemeinsame außerparlamentarische Aktion!**

Wie Bismarck die Fürsten enteignete

Im Kriege des Jahres 1866 war der König von Hannover Bundesgenosse Oesterreichs. Die preußischen Siege von Langensalza und Königgrätz besiegelten den Verlust seiner Krone und seines Landes an den Hohenzollern. Bismarck dachte nicht daran, dem Besiegten irgendwelche Konzessionen zu machen. Wohl aber fürchtete er die Abneigung der hannoverschen Bevölkerung gegen Preußen und das Preußentum und bemühte sich deshalb, den geflohenen König Georg V. zu einem freiwilligen Thronverzicht zu bewegen. Da er dies Ziel auf andere Weise nicht erreichen konnte, bot er dem König einen Abfindungsvergleich an, der dem Welfenhaus eine Barabfindung von 16 Millionen Talern, das Schloß zu Herrenhausen nebst Zubehör, die Domäne Calenberg u. a. m. bot. Wirklich wurde der Vertrag von beiden Parteien am 29. September 1867 unterschrieben. Aber sofort zeigte sich, daß das Ganze nur eine Falle war. Bismarck, bzw. die preußische Regierung hat ihn nie ausgeführt. Der Vorwand für die Nichtigkeitserklärung war bald gefunden. Die Welfen hatten nämlich, da sie, wie alle Fürsten, eine Vorliebe für Militärspielerei besaßen, von den aus Hannover geflüchteten ehemaligen Offizieren und Mannschaften ihres früheren Heeres eine „welfische Legion" zusammengestellt, wohl etwa 1000 Mann stark, die sie in der Schweiz unterhielten, so etwa wie heute die russische Zarenpartei in Bulgarien die Wrangel-Armee unterhält. Diese 1000 Männeken konnten sicher dem preußischen Staate nicht gefährlich werden. Aber Bismarck hatte damit den Haken gefunden, an dem er den ganzen Abfindungsvertrag aufhängte.

In einer Eingabe des Staatsministeriums an den König vom 2. März 1868 forderte Bismarck eine königliche Verordnung, durch die die Welfengüter beschlagnahmt wurden. In dieser Denkschrift an Wilhelm I. heißt es zur Begründung, daß „durch einen Akt der Gesetzgebung das gesamte Vermögen des Königs Georg V. für die Sicherheit des preußischen Staates, die Abwehr der vorbereiteten Angriffe und für alle Konsequenzen der staatsgefährlichen Unternehmungen dieses Fürsten und seiner Agenten sowie für die dadurch dem preußischen Staat verursachten Kosten haftbar" gemacht werden solle. Die gewünschte Verordnung wurde noch an demselben Tage — wie schnell Bismarck in solchen Fällen arbeiten konnte! — erlassen. Damit war das Welfenhaus ohne jede Entschädigung oder „Abfindung" enteignet!

Wichtig ist, wie Bismarck diese Enteignung begründete; nämlich mit der Notwendigkeit für die Sicherheit des Staates gegenüber den staatsgefährlichen Wühlereien der Welfen zu sorgen. In den Landtagsverhandlungen sprach er vollkommen offen darüber, daß für die Beschlagnahme der Welfengüter ebenso wie zuerst für den Vertrag nicht irgendwelche Rechtsgründe, sondern lediglich politische Gründe maßgebend gewesen waren. Damals bei der Vertragsschließung, so führte er aus, wurde gefragt: was braucht ein königlicher Herzog von Cumberland, um in der Mitte des reichen englischen Adels mit Anstand ohne beschämende Erinnerungen an politisches Unglück leben zu können? Es wurde gesagt: nach Verhältnis des Vermögens der großen englischen Adelsfamilien 100 000—120 000 Pfund Sterling. Dies ist der Maßstab gewesen, den wir zugrunde gelegt haben, und der alleinige politische Zweck, den wir erstrebt haben, ist gewesen, eine annehmbare Existenz für die gefallene Dynastie zu finden, in der sie der Versuchung überhoben würde, die Ruhe eines großen Landes durch dynastische Bestrebungen weiterhin zu stören. An anderer Stelle erhob Bismarck diese Auffassung für die Enteignung noch deutlicher hervor. Er sagte:

„In dieser rein politischen Auffassung werde ich mich nicht irre machen lassen durch juristische Deduktionen. Ueber juristische Zwirnsfäden wird die königliche Regierung nicht stolpern in der Ausübung ihrer Pflicht, für den Frieden des Staates zu sorgen; sie wird diese ihre Aufgabe auch nicht auf das Niveau von Gemüsekörben herunterziehen lassen, sondern sie in ihrer ganzen Höhe aufrechterhalten und durchführen."

Das amtliche Stenogramm der Landtagsverhandlungen vereichnet hinter diesen Worten Bismarcks ein „Bravo!". Die Mehrheit des Parlaments war also mit dieser Rücksichtslosigkeit der Regierung gegenüber den „juristischen Zwirnsfäden" und mit der „rein politischen Auffassung" Bismarcks absolut einverstanden. Es blieb den traurigen Epigonen der Kategorie Ebert, Scheidemann, Wels vorbehalten, die politische Frage der Fürstenenteignung im November 1918 auf „das Niveau von Gemüsekörben", d. h. auf die Grundlage des Feilschens mit den Fürsten herabzuziehen.

Ueber die juristischen Gegenargumente der Welfenpartei goß Bismarck die Schale seines bitteren Hohnes aus. „Ich habe nicht gehört, daß die Vorfahren des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Throne Englands vertrieben hatten, diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert, der königlichen Armee bei Culloden entgegenzutreten. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, deren Throne den Staatsumwälzungen in Frankreich, in Spanien, in Neapel zum Opfer fielen, auf Kosten dieser Länder mit einer Dotation versehen worden wären, die man die Absicht hätte haben können, ihnen zu lassen, wenn sie fremde Legionen oder französische oder italienische Legionen in der Fremde angeworben hätten, um sie gegen das eigene Land zu führen. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre juristische Pflicht halten wird, der Königin Isabella Mittel zum Kriege gegen sie zu liefern, und daß von Italien her die Bourbonen in ihren Absichten durch Staatsmittel unterstützt würden. Ich führe dies nur an, um Ihnen die Geringschätzung zu zeigen, mit welcher wir die sittliche Entrüstung aufzunehmen haben, die sich von so vielen feindlichen Seiten geltend macht, als ob wir hier einen ungerechten, gewalttätigen Akt gegen einen an sich ungerecht seines Thrones beraubten Fürsten übten".

Klarer kann die politische Stellungnahme der preußischen Regierung wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden; schärfer kann man die heuchlerische „sittliche Entrüstung" der entthronten Fürsten, die über Gewaltakt schreien, nicht kennzeichnen. Der Reaktionär, der Junker Bismarck wußte, was er für die Sicherheit seines preußischen Staates tun mußte. Aber die Herren Sozialdemokraten, die 1918 die Macht in Deutschland ergriffen, wußten nicht, was für die Sicherung auch nur der republikanischen Staatsform nötig war. Sie ließen die Fürsten frei; sie gaben ihnen auf dem Wege der Vergleiche und „Abfindungen" riesige Summen in die Hand. Sie schritten nicht einmal gegen die monarchistische Gefahr ein, als sie durch den Kapp-Putsch, durch die Ermordung Erzbergers und Rathenaus allen Augen offen dastand. Diese „Republikaner" sind die Steigbügelhalter der Monarchisten, indem sie ihnen Mittel und Gelegenheit zur Organisierung von Staatsstreichplänen geben.

Wer die Monarchie verhindern will, der muß die vollkommene Enteignung der ehemaligen Fürsten wollen und darf nicht über die juristischen Zwirnsfäden des bürgerlichen Eigentumsrechts stolpern!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0002

Heraus mit den Opfern des Verbrechers Jürgens!

Sogar bürgerliche Zeitungen für Revision der Kommunistenprozesse des Jürgens

Gegen den Justizverbrecher Jürgens

Am Sonnabendabend fand im Restaurationssaale des „Volkspart" eine Protestversammlung der Roten Hilfe gegen die Schandtaten eines Jürgens für die **sofortige Beseitigung des Staatsgerichtshofes, für die Befreiung der politischen Gefangenen statt.**

Genosse Baumgärtel eröffnet die Versammlung und begrüßt den aus 22monatiger Gefängnishaft in unsere Reihen zurückgekehrten Genossen Wollweber, der darauf das Wort erhält. **Genosse Wollweber** überbringt zuerst die Grüße der politischen Gefangenen aus dem Zentralgefängnis Kottbus und geht dann in seinen ausgezeichneten Ausführungen auf die Methoden der Klassenjustiz an Hand seiner Erfahrungen speziell im Fall Jürgens ein. **„Jürgens ist kein Einzelfall, sondern es ist das System der Klassenjustiz, das uns in Jürgens wie jedem anderen Klassenrichter entgegentritt."** In Ketten gefesselt ließ Jürgens den Genossen Wollweber und Heuck wenige Tage, nachdem in Stargard ein krimineller Mord geschehen war, durch die Straßen der Stadt führen, so daß die gesamte Bevölkerung den Eindruck haben mußte:

Wie man aussehen muß, um die höchsten Würden im „unabhängigen" Richterstand zu erreichen

„Das sind die Mörder." Spitzel wurden in die Zellen der Gefangenen gelegt, Protokolle gefälscht, die Frauen der Genossen verhaftet, Schreiberlaubnis wurde den Genossen entzogen, sie wurden in dunkle Keller gesperrt usw., um sie zu Aussagen zu bewegen. Mit hellster Empörung folgten die Zuhörer den Ausführungen des Genossen Wollweber. Als er zum Schluß noch einmal darauf hinweist, daß **die proletarische Justiz eines Tages mit allen diesen Schurken Abrechnung halten würde,** da findet er allseitige Zustimmung. Der Versammlung wird dann die folgende Entschließung vorgelegt, die auch einstimmige Annahme findet:

Entschließung

Die am 6. März 1926 im „Volkspart" zu Halle stattfindende öffentliche Versammlung der Roten Hilfe nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem gemeinen Verbrechen des Landgerichtsdirektor Jürgens und fordert, daß sofort gegen den Verbrecher Jürgens und alle Polizei- und Justizbeamte, die mit ihm gearbeitet haben, die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wird, der Staats- und Justizapparat von allen solchen Verbrechern gereinigt wird. Insbesondere aber verurteilt sie aufs schärfste die viehischen Methoden, die Jürgens gegen die linkspolitischen Gefangenen angewandt hat. Die Versammelten verlangen, daß sowohl das Republikschutzgesetz als auch der Staatsgerichtshof sofort beseitigt werden, alle Verfahren, in denen Jürgens mitgewirkt hat, wieder aufgenommen und die Opfer der Klassenjustiz für die von ihnen erlittenen Schäden abgefunden werden. Vor allem aber erheben sie heute erneut aus vollster Kraft den Ruf: „Heraus mit allen proletarischen Gefangenen!" und verpflichten sich, Seite an Seite mit der Roten Hilfe die Befreiung aller gefangenen revolutionären Arbeiter zu erkämpfen."

*

Die Schandtaten des Verbrechers Jürgens sind derartig unerhört, daß sogar die „Leipziger Neuesten Nachrichten" zu den Enthüllungen Stellung nehmen und gegen Jürgens auftreten. Diese rechtsgerichtete Zeitung ist genötigt, Jürgens' Verbrechen aufzudecken und unter Bezugnahme auf die Enthüllungen des Genossen Wollweber bekanntzugeben, **daß sämtliche von Jürgens bearbeiteten Kommunistenprozesse sowohl in der Voruntersuchung wie auch noch nach der Verurteilung einer genauen Revision unterzogen werden sollen.**

Der „Nervenzusammenbruch" des Jürgens

„Nerven" sind doch eine sehr nützliche Sache, besonders wenn sie so rechtzeitig „zusammenbrechen", wie beim Justizverbrecher und Klassenrichter a. D. Jürgens. Dieser saubere Herr, der mit rücksichtslosester, barbarischer Brutalität gegen die ihm ausgelieferten Kommunisten „durchgriff", befindet sich bereits mit Hilfe seiner ehemaligen Kollegen von der Klassenjustiz **im Lazarett.** Wo sind jemals Arbeiter von den Klassenrichtern wegen eines Nervenzusammenbruchs ins Lazarett übergeführt worden?

In den letzten Tagen konnte man deutlich sehen, daß die bürgerliche Presse, bis zur „Vossischen Zeitung", eine unverschämte Entlastungsoffensive zugunsten des Jürgens eingeleitet hat. Man wollte die ganze Affäre Jürgens damit vertuschen, daß man eine Affäre à la Bothmer daraus machte und nur die Frau belastete. Jürgens hat auch den Antrag auf Ehescheidung gestellt. Als Antwort darauf **hat seine Frau gegen ihn jetzt Aussagen gemacht, die Jürgens aufs schwerste belasten.** Sie erklärt, sie selbst wäre an den Verbrechen unschuldig.

Sehr interessant ist — im Zusammenhang hiermit — eine Erklärung des Staatssekretärs Weismann (Oberpitzelkommissar), er habe schon immer keinen günstigen Eindruck von Jürgens Person gehabt, ihn aber auf Anweisung des seinerzeitigen **sozialdemokratischen Justizministers Heine,** bei dem Jürgens scheinbar in „außerordentlich hohem Ansehen" stand, beschäftigt. Und Weismann gibt zu, daß dieser verbrecherische Schuft schon seinerzeit **„vorwiegend kommunistische Fälle"** behandelte!

Grevesmühlen und Jürgens

Die Schweigetaktik der SPD.-Presse

Die Reichsbannerleute, die sich im vorigen Jahr gegen einen Ueberfall der Roßbacher zur Wehr gesetzt haben, wurden, wie wir bereits mitgeteilt haben, in zweiter Instanz zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Der „Vorwärts", der in diesem Fall Wegweiser für die gesamte SPD.-Presse ist, sagt dazu: „Eine Justiz wie diese, ist eine Gefahr für Recht und Ordnung". Er hat Recht und die Kommunisten beweisen schon lange, daß unsere deutschen Richter Klassenrichter sind und die Paragraphen so drehen und biegen, wie sie ihnen und der herrschenden Klasse passen.

Der „Vorwärts" verwendet zur Kommentierung des skandalösen Urteils beinahe eine ganze Spalte. Er empört sich über den Amtsgerichtsrat Grimm, den famosen Untersuchungsrichter von Grevesmühlen. Aber in derselben Nummer finden wir **nichts gegen den Landgerichtsdirektor Jürgens,** der doch schließlich nichts anderes getan hat wie der Grimm. Er teilt nur lakonisch mit, daß der arme Jürgens zusammengeklappt wäre, und daß seine Frau eine mächtige Wut auf ihn habe.

Warum dieser Unterschied, liegt den der Fall nicht gleich? Er liegt gleich für jeden klassenbewußten Arbeiter, aber nicht für den „Vorwärts". Der Grimm hat zur Verurteilung von Reichsbannerleuten beigetragen und der Jürgens schließlich „nur" für die von Kommunisten. Und dann: **der Grimm ist schließlich ein monarchistischer Richter, der von Monarchisten im Amt gehalten wurde, und der Jürgens ist einer, der von Herrn Wolfgang Heine zu hohen Posten berufen wurde.** Und der Jürgens war Untersuchungsrichter für den Staatsgerichtshof der Republik, an dem sich **Heine und andere sozialdemokratische Führer hervorragend als Klassenrichter betätigten.**

Ob der „Vorwärts" mit seiner Methode in einem Fall berechtigt zu protestieren und im anderen **den Mantel des liebevollen Schweigens** über den Fall zu breiten Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Jeder **sozialdemokratische Arbeiter** muß doch einsehen, **daß Jürgens und Grimm auf einem Holz gewachsen** sind und das Grimm und Jürgens gemeinsam als Feinde der Arbeiterklasse bekämpft werden müssen.

Selbst ein bürgerlicher Schriftsteller fordert die Freilassung der kommunistischen Opfer des Jürgens

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 8. März.

In der „Welt am Montag" schreibt Dr. Frosch zum Fall Jürgens:

„Kann man annehmen, daß Jürgens, der sich in Hannover wie ein sadistischer Wüterich benahm und sich als Landgerichtsdirektor in Stargard als gemeiner Verbrecher entpuppte, gerade in der dazwischenliegenden Zeitspanne als **Untersuchungsrichter am Staatsgerichtshof** sich als ein Ehrenmann betätigte? Das wäre eine geradezu phantastische Unterstellung. Die Nachweise über die **Skrupellosigkeit,** mit der er das Material zusammenttrug, auf das sich dann die **grausamsten Zuchthausurteile** stützten, gewinnen jetzt ein unerschütterliches Fundament. Es kann diesem Untersuchungsrichter nie und nimmer guter Glaube, Redlichkeit und Gerechtigkeit zugebilligt werden, denn allzu deutlich treten die Grundzüge seines Wesens hervor: **Die Freude am Menschenquälen und die Sucht, in die Höhe zu kommen.** Urteile, die in wesentlichen auf Grund seiner Ermittlungen und beeideten Aussagen gefällt wurden, müssen **unter allen Umständen kassiert, die Opfer eines notorischen Verbrechers sofort befreit werden."**

Die Opfer des Verbrechers Jürgens kommen nicht frei

durch die Schuld der SPD.

Der **Sozialdemokrat Gehrmann, Harburg,** hat es am Donnerstagabend im Rechtsausschuß fertiggebracht, einer sofortigen Beratung und Beschlußfassung eines kommunistischen Antrages auf Freilassung der Justizopfer des Verbrechers Jürgens und auf Nachprüfung der Prozesse, an denen Jürgens als Gerichtsperson beteiligt war, zu **widersprechen.** Dadurch wurde erreicht, daß das Plenum des Landtages, das sich am Sonnabend auf vierzehn Tage vertagte, zu diesem kommunistischen Antrag nicht mehr Stellung nehmen konnte.

Genosse **Bartels** geißelte dies schmachvolle Verhalten der Sozialdemokraten im Rechtsausschuß zu Beginn der Freitagssitzung des Landtags. Die auf Grund gefälschter Protokolle und Schriftstücke zustandegekommenen Bluturteile des Staatsgerichtshofes hatten die Kommunisten veranlaßt, in ihrem Antrag eine sofortige Unterbrechung aller Verfahren zu verlangen, bei denen Jürgens mitgewirkt hat, und außerdem die sofortige Strafaussetzung und Haftunterbrechung für die Justizopfer. Trotzdem bringt es die Klassenjustiz fertig, auf Grund der „Arbeit" eines notorischen Verbrechers, Versicherungsschwindlers und Meineidigen Gerichtsverfahren gegen Proletarier weiterhin durchzuführen.

Der sozialdemokratische Präsident **Bartels wollte** unserer Partei eine Belehrung über die Geschäftsordnung geben. Er glaubte nicht, daß es möglich sei, im Sinne des kommunistischen Antrages zu verfahren, und animierte seine Fraktion zum Widerspruch. Da sich so schnell niemand fand, einen solchen Widerspruch zu erheben (selbst auf den Bänken der Rechtsparteien fand sich kein Verteidiger Jürgens), besitzt die **sozialdemokratische Abgeordnete Kröger,** Wilhelmsburg, die Frechheit, der Beratung unseres Antrages zu widersprechen. Sie muß unter der Flut kräftiger Zurufe aus den Reihen der Kommunisten schleunigst den Saal verlassen. **Ihr Widerspruch hat genügt, um die Opfer des Schurken Jürgens weiterhin hinter den Kerkermauern zu belassen.**

„Was sagen Sie zum Jürgens? Dämlich, sich so in die Karten gucken zu lassen."

Das Kabinett Briand gestürzt

Am Sonnabend, um 8 Uhr morgens, wurde bei einer erregten Debatte über Steuervorlagen **die Regierung Briand gestürzt.** Gegen die Regierung stimmten geschlossen **die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Rechte.**

Außenpolitisch gesehen, ist die Frage des Sturzes Briand noch unklar. Es ist nicht ausgeschlossen, daß **Briand diesen Sturz** unmittelbar vor den Völkerbundsverhandlungen **selbst herbeiführen wollte,** um in Genf mit **ungebundenen Händen** zu erscheinen und auf keinerlei bindende Abmachungen eingehen zu müssen. Es lag nämlich ein **Vertagungsantrag** vor, durch dessen Annahme die Regierung das Mißtrauensvotum **vermieden hätte.** Gleichfalls steht auch die Frage offen, ob nicht die Poincaristen, die Briand schon einmal während der **Konferenz in Cannes** vor einer wichtigen außenpolitischen Entscheidung **gestürzt hatten, auch diesmal diesen Sturz herbeiführten,** weil sie mit dem englisch-französischen Kompromiß unzufrieden sind.

Briand ist trotz seines Sturzes nach Genf gefahren. Sein Nachfolger wird wahrscheinlich **Caillaux oder** er selber wieder. Ein neues Kabinett Briand oder Caillaux aber bedeutet, daß mit dem **Hängen und Würgen des Linkskartells endlich radikaler Schluß gemacht wird.** Die demokratische „Vossische Zeitung" gibt der französischen Bourgeoisie dazu folgende Ratschläge:

„Auch in Frankreich wird man zu einem Ermächtigungsgesetz kommen müssen, das die echte Form der antiken Diktatur darstellt, um außerordentlichen Verhältnissen durch außerordentliche Mittel zu begegnen."

Die diktatorischen Maßnahmen der französischen Bourgeoisie aber, die in Aussicht stehen, werden **zur Beschleunigung der Aufrichtung der Klassenfront der Werktätigen** Frankreichs beitragen.

Aus den Reichstagsverhandlungen

Der Antrag gegen die Saboteure des Volksbegehrens vom Reichstag angenommen

Schwächliche Regierungserklärung — die Massen müssen sich selbst helfen

Die **kommunistische Fraktion** hatte im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Regierung aufforderte, **die von reaktionärer Seite in größtem Umfang betriebene Sabotage des Volksbegehrens zu verhindern** und gegen die schuldigen Beamten mit aller Strenge einzuschreiten. Der Antrag kam am Sonnabendnachmittag zur Verhandlung.

Genosse Bertz wies darauf hin, daß der Innenminister Külz zwar im Ausschuß auf vorgebrachte Beschwerden erklärte, daß er seine Ansicht über die Durchführung des Volksbegehrens den Ländern mitteilen werde, daß aber trotzdem die Sabotage, die schon beim Listenversand eingesetzt hat, bei der Einzeichnung verstärkt fortgeführt wird.

Von der Regierung verlangen wir, daß die Kampfansage der monarchistischen Beamten nicht wieder mit einer lahmen Verordnung zu beseitigen versucht wird; wir fordern vielmehr, daß **die Saboteure sofort strengstens zur Verantwortung gezogen werden,** damit ihnen die Lust vergeht, dem Willen des Volkes entgegenzuhandeln.

Der Innenminister Külz versucht darauf, sich zu verantworten. Den berüchtigten **Rundfunkvortrag** des Ministerialdirektors Kaiserberg bezeichnet er „vorsichtig und mit Takt", kein einziges Wort daran sei zu beanstanden. Es sei auch kein Anlaß, einzuschreiten, wenn der Landbund an seine Mitglieder — auch an diejenigen, die Beamte sind, Aufforderungen zur Sabotage versende. Selbstverständlich seien die Beamten jedoch verpflichtet, das Volksbegehren reibungslos durchzuführen. Die Reichsregierung habe durch Anweisungen an die Länder alles getan, was in ihrer Macht stehe.

Der Deutschnationale Freytagh-Loringhoven bezeichnet alle Sabotagefälle als „Kleinigkeiten" und verteidigt die mitbestimmenden Beamten, die nur im Rahmen ihrer Rechte handelten. Besonders wettert er über die „geschlossene Front" von SPD. und KPD. Die Massen seien niemals sähig, sachliche Entscheidungen zu treffen. **Der schwerste Charakterfehler des deutschen Volkes sei Neid und Mißgunst, der jetzt beim Volksbegehren zum Vorschein komme.** Nach einer Hanswurstrede des Völkischen Kube, in der er sich zweimal als Monarchist bekannte, antwortete **Genosse Stoecker** auf die Verteidigungsversuche des Innenministers, daß die Kommunistische Partei sich damit nicht zufrieden erklären könne. Von der bürgerlichen Regierung sind keine durchgreifenden Maßnahmen zu erwarten. **Die proletarischen Massen in Stadt und Land müssen selbst dazu übergehen, die behördlichen Maßnahmen zu kontrollieren, daß den monarchistischen Saboteuren Hören und Sehen vergeht.**

Der von der SPD. eingebrachte, ähnlich wie der kommunistisch lautende Antrag wurde darauf gegen die Deutschnationalen und Völkischen **angenommen.**

Die Marinerüstungen gegen Sowjet-Rußland bewilligt

Vor der Beratung des Antrages gegen die Saboteure des Volksbegehrens erledigte der Reichstag am Sonnabend die Beratung des **Heeres- und Marineetats.** Unter anderem forderte ein Ausschußantrag den **Neubau von zwei kleinen Kreuzern, sechs großen und einem kleinen Torpedoboot.**

Die SPD. führte dabei wiederum ihr altes Theater auf. Der sozialdemokratische Berichterstatter des Haushaltausschusses Hünlich vertrat durchaus zustimmend das Rüstungsprogramm des Ausschusses, worauf der Sozialdemokrat Kuhnt im Auftrage seiner Partei äußerst radikal die Streichung der für die Schiffsneubauten eingesetzten Beträge verlangte. **Genosse Creutzburg** erklärte, daß die Kommunistische Partei nicht nur wie die SPD. wegen der augenblicklichen finanziellen Notlage sich gegen die Rüstungsbauten wendet, sondern daß sie den Marineetat ablehnt, weil **die Flotte ein Instrument gegen die Arbeiterklasse und gegen Sowjet-Rußland darstellt.**

Das hatte der Chef der Marineleitung selbst im Ausschuß dargetan, als er erklärte, ein Schutz der Nordküste sei überflüssig, weil **an einen Krieg gegen Norden nicht zu denken** sei. Die Rüstungen Deutschlands können also **allein gegen Sowjet-Rußland gerichtet** sein. Eine Ausrede mit angeblichen Seerüstungen Sowjet-Rußlands ist hinfällig, da dieses als proletarische Macht keinen Offensivkrieg führen kann, sondern sich nur gegen imperialistische Angriffe schützt. Die Kommunistische Partei lehnt deshalb nicht nur den Marineetat ab, sondern wird auch aus allen Kräften gegen die Durchführung der Rüstungen kämpfen. **Wenn die deutsche Bourgeoisie als Knecht Englands einen Angriff gegen Sowjet-Rußland wagen sollte, so wird das Proletariat nicht gegen seine russischen Brüder, sondern gegen seinen Klassenfeind im eigenen Lande kämpfen!**

Die Gegnerschaft der Kommunisten richtet sich dabei nicht gegen die Marinemannschaften. Sie haben im Gegenteil bei den Verhandlungen im Haushaltsausschuß alles versucht, um die **Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Vorzulage** zu beseitigen, die für die Heizer und Maschinisten 15 Pf. beträgt, während die Kommandanten sechs bis acht Mk. täglich erhalten. Wir vertrauen darauf, daß die Matrosen erkennen, was ihre Klassenpflicht ist, wenn man sie gegen die Arbeiterschaft führen will, und sich mit dem Proletariat verbrüdern, wie sie es schon einmal getan haben!

Nachdem Geßler sich phrasenhaft gegen die „Versuche" gewandt hatte, „einen Keil zwischen die Arbeiterschaft und die Heeresmacht zu treiben", wurde der Haushalt der Marine angenommen: **Alle kommunistischen Anträge auf Streichung der Rüstungsausgaben wurden — größtenteils mit den Stimmen der SPD. — abgelehnt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0003

„Denn pariert muß werden!"

November 1887. Wilhelm der Ausgerissene war noch Prinz, aber noch nicht Kronprinz; sein Vater und der alte Kaiser lebten noch, letzterer rang mit dem Tode. Graf Philipp Eulenburg besucht seinen Freund, den Prinzen und findet ihn über dem Entwurf einer Proklamation an die deutschen Fürsten zum Tage seiner Thronbesteigung. Diesen schickt er an Bismarck und schreibt dazu:

„... Es ist ein kurzer Erlaß an meine künftigen Kollegen, die deutschen Reichsfürsten." Er hoffe, daß die alten Onkels dem lieben jungen Neffen den Knüppel zwischen die Beine stecken ... Mir wird es leicht werden, sie durch kleine Gefälligkeiten

zu kirren.

Habe ich sie erst von meinem Wesen und Art überzeugt und in die Hand mir gespielt, nun, dann parieren sie mir umso lieber.

Denn pariert muß werden!"

So, wie seine „Kollegen", sollte ihm die ganze Welt „parieren" — und nun tragen die deutschen Werktätigen die Folgen: Dawes-Plan und Locarno-Pakt. Dafür verlangt dieser Größenwahnsinnige jetzt

Hunderte von Millionen.

Er weiß, wenn er fordert, wird die deutsche Bourgeoisie, wird ein gefügiger Reichstag, werden die immer gefügigen bürgerlichen Parteien **auch parieren.**

Die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes aber werden nicht parieren!

Ihre Losung heißt:

Keinen Pfennig den Fürsten!

Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung!

Gummierte Klebezettel

sind zu kaufen. Preis 100 St. 80 Pf., 500 St. 2,50 M., 1000 St. 4,50 M. Bestellungen an Stern-Druckerei, Berlin C 54, Rosenthaler Str. 38.

Zur 25. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes

Sorgt für Aenderung des reaktionären Statuts

Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder sollte in allen Gewerkschaften oberstes Gesetz sein. Das Statut des **Bergarbeiterverbandes** aber enthält eine Reihe von Bestimmungen, die geradezu jeder Arbeiterdemokratie ins Gesicht schlagen. Aufgabe der Generalversammlung muß es darum sein, wenigstens die schlimmsten Giftzähne aus dem Statut zu reißen, um der Mitgliedschaft Mitbestimmungsrecht gegenüber dem Vorstande zu sichern. Eine Organisation kann nur groß und stark werden, wenn die führenden Funktionäre von dem Vertrauen der großen Masse der Mitglieder getragen sind. **Beim Bergarbeiterverband ist das nicht der Fall.**

Besonders die Bezirksleiter fühlen sich in ihren Bezirken wie kleine Könige und richten sich keineswegs nach den berechtigten Forderungen der Mitglieder. § 37 des Statuts gibt allein dem Vorstand das Recht, die Bezirksleiter, sowie die übrigen Verbandsbeamten und Funktionäre anzustellen. Daraus ergibt sich, daß **der Bezirksleiter nur ein ausführendes Organ des Vorstandes ist.** Dieser Zustand bringt den Bezirksleiter in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Vorstand und entfremdet ihn der Mitgliedschaft. Umgekehrt aber kann ein Bezirksleiter, der das Vertrauen der Mitgliedschaft hat, ihren berechtigten Forderungen Rechnung trägt und damit in einen Widerspruch zur Vorstandspolitik gerät oder der aus sonstigen Gründen dem Vorstand unangenehm wird, vom Vorstand abberufen oder versetzt werden, wiederum ohne das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder. Vergleichen wir diese Bestimmungen mit den diesbezüglichen in anderen Verbänden, z. B. beim Metallarbeiterverband, so finden wir, daß dort die Bevollmächtigten der Ortsverwaltungen, die den Geschäftsbezirken des Bergarbeiterverbandes entsprechen, zum größten Teil durch Ortswahlen von der gesamten Mitgliedschaft gewählt werden. Wenn im Bergarbeiterverband demokratischer Geist einziehen soll, dann muß die nächste Generalversammlung das Statut dahin ändern, daß **Bezirksleitung und Bezirksleiter durch die Mitgliedschaft gewählt werden.**

Das im § 43, Abs. 3 des Statuts vorgesehene Vorschlagsrecht der Bezirkskommission, wenn eine Bezirksleiterstelle frei wird oder ein zweiter Bezirksleiter sich notwendig macht, **genügt nicht im geringsten.** Die indirekte Wahl der Besitzer zur Bezirksleitung, der sogenannten Bezirkskommission, von der jedes Jahr die Hälfte ausscheidet und neu gewählt wird, mutet geradezu vorsintflutlich an. In allen Körperschaften fordern selbst die Sozialdemokraten direkte Wahlen und daß jedes Jahr **die ganze Körperschaft neu gewählt wird.** Im Statut des Bergarbeiterverbandes aber ist eine Bestimmung enthalten, die stark an das preußische Dreiklassenwahlrecht der Vorkriegszeit erinnert. Sie muß beseitigt werden.

Ein anderes wichtiges Kapitel sind die **Wahlen der Delegierten zum allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongreß, sowie zum Internationalen Bergarbeiterkongreß.** Auf der Tagesordnung der für den 4. Juli einberufenen Generalversammlung steht als neunter Punkt: „Wahlen der Delegierten zum Gewerkschafts- und Internationalen Bergarbeiterkongreß." Demnach hat der Vorstand vor, die Delegierten zum Deutschen Gewerkschaftskongreß auf der Generalversammlung wählen zu lassen. Der Deutsche Gewerkschaftskongreß findet aber vielleicht erst im Spätherbst des Jahres 1928 statt. Zwischen der Wahl der Delegation und ihrem In-Tätigkeit-treten liegt also ein Zeitraum von zwei Jahren. Schon dieser Umstand sollte genügen, **um für diese Wahl einen anderen Modus zu finden.** Wenn eine am 4. Juli 1926 gewählte Delegation das Vertrauen der Generalversammlung besitzen würde, so wird kein Generalversammlungsdelegierter dafür garantieren wollen, daß nach zwei Jahren oder noch später dieselben Leute das Vertrauen besitzen. Hier muß ebenfalls der Hebel angesetzt werden. Die Delegierten zum **ADGB.-Kongreß** müssen, wenn der ADGB.-Kongreß einberufen und seine Tagesordnung veröffentlicht ist, durch die Gesamtmitgliedschaft gewählt werden. Dies ist um so notwendiger, als der ADGB.-Kongreß sehr wichtige Fragen für die Arbeiterschaft zu beraten und zu entscheiden hat. Er kann aber nur richtige und im Interesse der Arbeiterschaft liegende Beschlüsse fassen, wenn die gesamte organisierte Arbeiterschaft an ihm den größten Anteil nimmt. Durch die Wahl der Delegierten auf der Generalversammlung schon zwei Jahre vorher verhindert der Verbandsvorstand jede Diskussion über den Kongreß des ADGB. innerhalb des Bergarbeiterverbandes.

Auch hier ist der Bergarbeiterverband der rückständigste von den anderen deutschen Gewerkschaften. Fast in allen größeren Verbänden finden die Wahlen der Gewerkschaftskongreßdelegierten durch **Urwahlen der Mitglieder** statt. Die Bergarbeiter sind nicht Arbeiter zweiter Klasse, darum müssen auch sie verlangen eine Aenderung der reaktionären Bestimmungen des Bergarbeiterverbandes und Urwahlen zum Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes!

Rundfunkprogramm vom 8. bis 14. März 1926 (Sendestelle Leipzig, Welle 452)

Montag, den 8. März 1925

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung:

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle) (Welle 1300 von Königswusterhausen). 3 bis 3.30 Uhr: Englisch für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 6.30 bis 7 Uhr: Esperanto-Kursus. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Pflege von kranken Kindern." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): „Was die Besucher des Zoo vom Direktor wissen möchten." 8.15 Uhr: Dresden: Die Schulreiterin. Anschließend 9 bis 12 Uhr: Militärkonzert. Dazwischen (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst.

Dienstag, den 9. März 1925

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle) (Welle 1300 von Königswusterhausen). 3 bis 3.30 Uhr: Einheitskurzschrift. 3.30 bis 4 Uhr: „Die Fortbildungsschule als Dienerin des Wirtschaftslebens." 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 5.30 bis 6 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 6.30 bis 7 Uhr: Esperanto-Kursus. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Wege und Ziele der Schallanalyse." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Neues aus der Naturwissenschaft." 8.15 Uhr: Volksabend. Das Herz der Erde hämmert. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. 10 Uhr: Funkpranger. 10.15 bis 12 Uhr: Tanzmusik von Leipzig aus.

Mittwoch, den 10. März 1925

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle) (Welle 1300 von Königswusterhausen). 3 bis 3.30 Uhr: Englisch für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dazwischen Geschichten für die reifere Jugend: „Abenteuer." 6.30 bis 6.45 Uhr: Funkbastelstunde. 6.45 bis 7 Uhr: Arbeitsbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Einiges über die Abfassung von Anzeigen." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters." 8.15 Uhr: Sinfoniekonzert. Anschließend (etwa 9.50 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Schluß etwa 10.15 Uhr. Danach Freizeit für Funkfreunde.

Donnerstag, den 11. März 1925

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle) (Welle 1300 von Königswusterhausen). 3 bis 3.30 Uhr: Schwedisch für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr: „Tuberkulose als Volkskrankheit." 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 6.45 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 6.45 bis 7 Uhr: Steuerrundfunk. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Menschen, die sich selbst entdeckten." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Das bürgerliche Recht Sowjet-Rußlands." 1. Teil. 8.15 Uhr: Gottes Kreatur. Anschließend (etwa 9.15 Uhr) Pressebericht und Sportfunkdienst. 10.15 Uhr: Funkbrettl.

Freitag, den 12. März 1926

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle) (Welle 1300 von Königswusterhausen). 3 bis 3.30 Uhr: „Spanisch für Anfänger." 3.30 bis 4 Uhr: „Englisch für Fortgeschrittene." 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): „Die Kunst, geistig und körperlich richtig zu arbeiten." 7.30 bis 8 Uhr: 9. Vortrag: „Was muß ich für den Wohlfahrtsberuf lernen?" 8.15 Uhr: Dresden: Dresdener Komponisten-Abend. Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 13. März 1926

10.10 bis 10.15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächsischen Verkehrsverbandes. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle) (Welle 1300 von Königswusterhausen). 3 bis 3.30 Uhr: Einheitskurzschrift. 3.30 bis 4 Uhr: „Die Lehrerin der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde als Volkserzieherin." 4 bis 4.45 Uhr und 5 bis 5.30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. 7 bis 7.30 Uhr: Vorlesung aus englischer Prosadichtung: Elsie and the Child and other Stories by Arnold Bennet. 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag (von Jena aus): „Das Planetarium." 8.15 Uhr: Sinfoniekonzert. Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht und Sportfunkdienst.

Sonntag, den 14. März 1926

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. 9 Uhr: Morgenfeier. 11 bis 12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: 54. Vorlesung über Charakterköpfe aller Zeiten: „Gauß." 11.30 bis 12 Uhr: Vortrag: „Das Problem des Lebens." 1. Teil. 12 bis 1 Uhr: Weimar: Musikalische Stunden: Werke von Hugo Wolf. 4 bis 6 Uhr: Skandinavische Musik. 7 bis 8 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Wille." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Die Parteien in den Jahrzehnten des Kaiserrechts." 8.15 Uhr: Moderne Kleinkunst. Anschließend (etwa 10 Uhr) Sportfunkdienst.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1478. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Stadtverordnetenfraktion. Montag, 8. März, abends 6 Uhr, im Lokal Freundlieb, Merseburger Straße, wichtige Fraktionssitzung. Alles muß erscheinen.

Büschdorf-Reideburg. Große öffentliche Volksversammlung Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Nachtigall". Referent: Genosse Härtel, Halle.

Bruckdorf. Große öffentliche Volksversammlung Mittwoch, den 10. März, abends 7½ Uhr, im Lokal Große. Referent: Genosse Härtel, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Großkayna. Mitgliederversammlung Montag, 8. März, abends 8 Uhr, beim Gen. Schiller. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Merseburg. Zusammenkunft aller Referenten Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig". Referent von der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Kelbra. Mitgliederversammlung Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle". Referent: Genosse Lessig, Eisleben. Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Delitzsch. Große öffentliche Volksversammlung Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr, im „Lindenhof". Referent ist anwesend.

Wartenburg. Große öffentliche Volksversammlung Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Ulrich Rogg, Wittenberg.

Braunsdorf. Große öffentliche Volksversammlung Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Bassüner, Wittenberg.

Friedersdorf. Große öffentliche Volksversammlung Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Stern". Referent: Genosse Müller, Bitterfeld.

Wolfen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 10. März, abends 8 Uhr, im Lokal Hesse. Wichtige Tagesordnung. Referent der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Audenhain. Große öffentliche Volksversammlung Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Holzweißig, Torgau.

Falkenberg b. Torgau. Große öffentliche Volksversammlung Mittwoch, 10. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Holzweißig, Torgau.

Trossin. Große öffentliche Volksversammlung Donnerstag, 11. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent: Genosse Holzweißig, Torgau.

Kleinleipisch. Große öffentliche Volksversammlung Donnerstag, 11. März, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent von der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Granschütz. Mitgliederversammlung Dienstag, 9. März, abends 7 Uhr, im „Sachsenhof". Alles muß erscheinen.

Hohenmölsen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 10. März, abends 8 Uhr, bei Rupsch. Alles muß erscheinen.

Weißenfels. Zusammenkunft des Einheitskomitees Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Alle Vertreter müssen unbedingt erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Dienstag: Parteikern 8 Uhr „Volkspark". Alle älteren Genossen und Funktionäre müssen unbedingt anwesend sein.

Mittwoch: ½8 Uhr im Jugendbureau Vorstandssitzung.

Donnerstag: Musikübungsstunde ½8 Uhr in der Jugendherberge. Propagandagruppe 8 Uhr im Jugendbureau.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Bruckdorf. Dienstag, 9. März, ½8 Uhr, im Gasthof große Mitgliederversammlung.

Dürrenberg. Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, im Restaurant Mennicke wichtige Funktionärsitzung des Arbeitsgebiets.

Ammendorf. Donnerstag, 11. März, 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Funktionärsitzung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Mitgliedskarten und Karteischeine sind sofort einzusenden. Telephon 9012.

Geldeinzahlungen auf das alte Postscheckkonto Artur Brandt dürfen auf keinen Fall mehr stattfinden, sondern bis auf weiteres per Postanweisung an Paul Döschner, Halle a. d. S., Gr. Klausstraße 10, desgleichen sämtliche anderen Postsendungen.

Sämtliche Ortsgruppen, die zum 15. März Zeitungen „Die Rote Front" zum Vertrieb benötigen, müssen die Anzahl der erforderlichen Exemplare bis spätestens Dienstag, 9. März, der Gauleitung melden. Später eingehende Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Ortsgruppe Halle

Ortsvorstand, Bezirks- und Abteilungsführer. Heute abend 8 Uhr im „Volkspark" wichtige Sitzung. Niemand darf fehlen. Abteilungsführer nehmen vorher die Sparmarken ab.

Sprechchor. Dienstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Probe.

Jungfront

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark" Funktionärsitzung. Sparmarkenabrechnung heute abend im „Volkspark".

Untergau Saalkreis

Seeben. Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, den 10. März, abends ½8 Uhr, bei Freudenberg Pflichtversammlung. Funktionäre eine Stunde früher.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus große Funktionärversammlung des RFB. und der RJ. Vorstandsmitglieder eine Stunde früher.

Weißenfels. Jungfront. Mittwoch, den 10. März, Mitgliederversammlung. Antreten 7 Uhr abends Rosalskyweg.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Bitterfeld. Dienstag, 9. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Mitgliederversammlung. Alle Einzel- sowie Korporativmitglieder haben zu erscheinen.

Willst du dir und ihr was bieten und hast ihr Durst
Spart durch **Perladin** und nicht mit Wurst 32
(Die neue kleine Dose Nr. 66 kostet 10 Pf.)

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Feststellung eines neuen Bebauungs- u Höhenplanes für das von der Hafenbahn, dem Röpziger Weg, der Huttenstraße, dem Böllberger Weg und der Wörmlitzer Straße umschlossene Gelände sowie auch für die hier in Frage kommenden Strecken des Böllberger Weges u. der Huttenstraße selbst 869

Halle, den 2. März 1926

Der Magistrat

Oeffentliche Mahnung

Alle diejenigen, die mit Schulgeld und mit elektrischem Lichtgeld im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, diese Schuldbeträge innerhalb der nächsten acht Tage an **unsere Stadthauptkasse** zu zahlen, andernfalls die Einziehung der Reste zwangsweise erfolgt

Eisleben, den 4. März 1926

*867 **Der Magistrat**

Alle Parteischriften empfehl. die **Volksbuchhandlungen** Harz 42/44 und Lerchenfeldstr. 14

Anfang 8 Uhr
Unwiderruflich nur bis 15. März
Liliput
im *871
Walhalla-Theater
Die kleinsten Künstler der Welt
Umrahmt von einem großen Varietee-Programm
Mittwoch, 10. März 3½ Uhr:
Schüler-Vorstellung zu Einheitspreisen
Kinder: Gal. 0,30, 2. Rang 0,50, Part. 0,75 1. Rang 1 Mk.
Erwachsene: 0,50, 1,00, 1,50 und 2,00 Mk.
Tel. 8385

Stadt-Theater
Heute Montag 8 Uhr **Gabe Gottes**
Dienstag 8 Uhr Einmalig. Gastspiel **Grüne Flöte** Regie M. Reinhardt
Mittwoch 8 Uhr **Don Giovanni**

Tausche
St., K. und K. geg. 2 St., K. und K. Off. E. an Volksbuchhdlg. Harz 42/44

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Nur noch Dienstag:
Seefische billig
weil Preise steigen, wegen Sturm auf dem Meere knappe Fänge.
Aus eigenem Kühlwaggon in der
Nordsee
Große grüne **Heringe** ℔ **15** ₰
Seelachs echt. Nordsee, ohne Kopf ℔ **22** ₰
Kabeljau o. Kopf groß, fett, zart .... ℔ **24** ₰
Goldbarsch ohne Kopf ...... ℔ **30** ₰
Besonders billig:
ff. geräucherter Goldbarsch ℔ **50** ₰
Eine Delikatesse sind unsere in eigener Fabrik hergestellten
sauren Sardinen 1 ℔ 60, ½ ℔ 30, ¼ ℔ 15 ₰
Allerfeinst. Hering in Gelee 1 ℔ 60, ½ ℔ 30, ¼ ℔ 15 ₰

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Bekanntmachung

Betrifft: Gewerbesteuer-Veranlagung für 1925

Zum Zwecke der **Veranlagung zur Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1925** werden auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Ueberleitung der Gewerbesteuer in das regelmäßige Veranlagungs-Verfahren vom 15. Oktober 1925 in den nächsten Tagen den Steuerpflichtigen Gewerbesteuer-Erklärungs-Formulare übersandt

Abgabetermin der Erklärung ist der 27. März d. Js.

Bei verspäteter Abgabe der Steuererklärung werden bis 10 v. H. des Steuerbetrages als Zuschlag festgesetzt

Diejenigen Steuerpflichtigen, denen bis zum 11. März 1926 kein Formular zugeht, wollen dieses im Stadtsteueramt, Herrenstraße 10, Zimmer 2, abfordern

Etwaige weitere Formulare können gegen Entschädigung von 5 Pfg. pro Stück ebendaselbst bezogen werden

Die Gewerbekapitalsteuer in Eisleben wird nur veranlagt, aber für das Rechnungsjahr 1925 nicht erhoben

Eisleben, den 5. März 1926

Der Vorsitzende des Gewerbesteuer-Ausschusses für den Stadtkreis Eisleben

Bekanntmachung

Auslegung der Eintragungslisten für das Volksbegehren zur Fürstenabfindung

Die Eintragunglisten in der obenbezeichneten Angelegenheit liegen in der Zeit vom

4. bis einschl. 17. März 1926

im Gemeindeamt, Neustraße 1, Zimmer 1 (Meldeamt) wie folgt aus:

Wochentags (außer Sonnabend) von vormittags 8–1 Uhr und nachmittags 3–6 Uhr

Sonnabends von vormittags 8–2 Uhr, und

Sonntags von vormittags 9½ bis 12½ Uhr

Piesteritz, den 6. März 1926

257 **Der Gemeindevorsteher** Kuntz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

An alle Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes und Roten Jungfront der Ortsgruppe Halle!

Kameraden, vor die Front!

Seit einigen Tagen sind die Listen zur Unterschriftensammlung für das Volksbegehren ausgelegt. Dem Willen der proletarischen Massen setzen die Behörden und ihre Auftraggeber, die Bourgeoisie, Sabotageversuche in allen Formen entgegen. Schlechtgelegene Einzeichnungslokale, für die Arbeiterklasse schlecht passende Eintragungszeiten sind festgelegt, um die Zaudernden und Schwankenden von ihrem Recht zur Eintragung fernzuhalten. Viele Arbeiter, kleine Beamte und Geschäftsleute wiederum haben deshalb bis jetzt die Einzeichnung unterlassen, weil sie der Ansicht sind, daß es bei der Eintragung auf die einzelne Stimme nicht ankäme und die notwendige Zahl ja doch zustandekommen würde. Diese falschen Ansichten, die Sabotageakte der Bourgeoisie muß die festdisziplinierte Organisation des RFB. beseitigen. Von Dienstag, den 9. d. M., an muß ein regelmäßiger Schlepperdienst, durchgeführt von der gesamten Organisation, es fertig bringen, daß auch der letzte Eintragungsberechtigte seiner Pflicht nachkommt. Vor den Einzeichnungslokalen müssen RFB.-Kameraden darauf achten, daß auch in keinem Falle Beeinflussungen vorgenommen werden. Alle erwerbslosen Kameraden müssen sich bereits in den Vormittagsstunden für die notwendigen Arbeiten zur Verfügung stellen, die noch in den Betrieben Stehenden werden eingeteilt zu den für sie passenden Zeiten.

Die Agitationslokale, in denen die Aufteilung der Kameraden vormittags, sowie auch in den Abendstunden vorgenommen wird, sind aus den letzten Nummern des „Klassenkampf" ersichtlich. Die genaue Einteilung, in welcher Folge die einzelnen Abteilungen die notwendigen Arbeiten zu erledigen haben, geht den Mitgliedern im Laufe des morgigen Tages zu.

Kameraden! Beherzigt diesen Aufruf. Unser gestriger Aufmarsch zur Denkmalseinweihung in Teutschenthal hat wiederum gezeigt, welch gewaltige Stärke in der kämpfenden roten Front steckt; nützt sie auch aus im Kampf gegen die, für die wir jahrelang Gesundheit und Leben opfern mußten.

Keinen Pfennig den Fürsten!
Keine Handvoll Erde, kein Ziegelstein den Volksaussaugern!

Ortsvorstand Halle des RFB.
Borrmann.

*

Ortsvorstand, Bezirks- und Abteilungsführer, heute abend 8 Uhr im „Volkspark" wichtige Sitzung.

An alle Mitglieder des Kommunistischen Jugend-Verbandes, Ortsgruppe Halle!

Die siegreiche Durchführung des Volksentscheids für die entschädigungslose Fürstenenteignung erfordert die Zusammenfassung und Anspannung aller Kräfte. Jugendgenossen, erfüllt Eure Pflicht!

Alle Jugendgenossen sind verpflichtet, sich täglich in den Agitationslokalen zu melden (siehe „Kl." Freitag) und zu allen Arbeiten sich zur Verfügung zu stellen.

Ortsleitung des KJVD.
Ortsgruppe Halle.

Wohnungsamt und reaktionäre Hausbesitzer in gemeinsamer Front gegen Arbeiter

Die Klagen über rigorose Exmittierungen der bürgerlichen Gerichte mehren sich in der letzten Zeit derartig, daß es wirklich Zeit wird, dieser gesetzlich sanktionierten Schmach endgültig ein Ende zu machen. Uns wird wieder ein Fall unterbreitet, der sich den bisher bekannten würdig anreiht und das Zusammenarbeiten zwischen Wohnungsamt, Justiz und den reaktionären Hauswirten deutlich erkennbar macht.

Ein Arbeiter bewohnte mit seiner aus vier Personen bestehenden Familie eine aus drei Räumen bestehende Wohnung auf dem Schülershof. Im April wurden ihm zwei seiner Räume von der Baupolizei beschlagnahmt, da **das Bewohnen dieser Räume mit Lebensgefahr verbunden war.** Die Baupolizei meldete die Beschlagnahme dem Wohnungsamt, damit dieses dem Arbeiter eine neue Wohnung zuweisen soll. Die Mühle auf dem Wohnungsamt macht natürlich sehr langsam, wenigstens dann, wenn es sich um wohnungsuchende Proletarier handelt. Der Arbeiter kam seinerzeit mit seiner Hauswirtin darin überein, daß er für den ihm verbleibenden Raum nur noch 6 Mk. Miete zu zahlen brauchte. Inzwischen sind Monate vergangen, ohne daß das Wohnungsamt sich um eine Wohnung für den Arbeiter bemühte. Die Hauswirtin, ein reaktionäres älteres Fräulein namens Olga Landmann, die selbst in der Gütchenstraße ihre Wohnung hat und sich durch Abvermieten von möblierten Zimmern usw. ernährt, strengte jetzt eine Räumungsklage gegen den Arbeiter an, weil dieser „nur" 6 Mk. Miete (für einen baufälligen Raum) bezahlt. Sie will von einer dahingehenden Abmachung nichts wissen und stellt die Angaben des Arbeiters als unwahr hin, obwohl sie anfangs diesen Mietsatz durch Entgegennahme anerkannte. Sehr bezeichnend ist es für unsere republikanische Zweckjustiz, daß sie **die Angaben dieser treudeutschen Ehrenjungfer unbeeidigt ließ.** Man kann daraus ziemlich sicher schließen, daß das Gericht selbst einen Meineid von dieser Seite verhindern wollte. Ebenso bezeichnend ist auch, daß diese sonderbare **Hausbesitzerin** auf einen **Armenschein** hin klagte.

Selbstverständlich stellte sich auch in diesem Fall das Gericht auf die Seite der Besitzer und sprach ein Räumungsurteil aus. Auf ein solches hat aber scheinbar nur das Wohnungsamt gewartet, denn als der Arbeiter hier nun vorstellig wurde und jetzt dringend auf eine andere Wohnung bestand, wurde ihm gesagt, **daß er vom Wohnungsamt keine erhalten werde, da er ja durch Richterspruch aus seiner bisherigen Wohnung gesetzt sei.** Also die im April bes vorigen Jahres begonnene Beschlagnahme spielt jetzt auf einmal keine Rolle mehr.

Der Arbeiter wurde gezwungen, die Wohnung zu räumen. Sein Mobiliar wurde bei Bekannten untergestellt. Er selbst wurde der hiesigen Herberge überwiesen, während Frau und Tochter dem hiesigen Asyl überwiesen wurden. Ein Säugling mußte in irgendeiner Anstalt untergebracht werden.

„Herr Stadtrat May, ist Ihnen dieser Fall bekannt, und was gedenken Sie zu tun, um in Zukunft derartige rechtlose Uebergriffe des Ihnen unterstellten Amtes zu verhindern? Und den hallischen Richtern möchten wir sagen, daß dieses Urteil bestimmt nicht im Namen des Volkes gegeben wurde. Vielleicht setzt das Gericht auch die Worte **„Im Namen der Hausbesitzer"** über sein salomonisches Urteil. Warum wurde diese treudeutsche Hausbesitzerin übrigens nicht vereidigt?

Die Arbeiterfrauen für das Volksbegehren

Gestern vormittag um ½10 Uhr hatte sich auf dem Roßplatz eine Anzahl Arbeiterfrauen versammelt, welche eine Transparentdemonstration gegen Fürstentraub und Massenhunger und für die Forderungen des Internationalen Frauentages durchführen wollten. Der Umzug diente der Polizei dazu, wieder einmal ein mächtiges Aufgebot zu stellen, obgleich die Behörden ganz genau wußten, daß es sich hier hauptsächlich um eine Demonstration gegen die Fürstenabfindung handelte. Und es muß auch gleich vorausgeschickt werden, daß die Schupo sich teilweise so benahm, daß man mit Recht an die vor einem Jahr stattgefundene Pieckter-Putsch erinnert werden konnte. Da der Umzug nämlich während der Kirchenzeit stattfand, durfte weder gesungen, noch musiziert werden, denn die gläubigen Seelen wollten in ihren Gebeten gegen den Bolschewismus nicht gestört sein. Dieses Verbot hatte bis ½12 Uhr Gültigkeit. Als der Spielmannszug des Jung-Spartakus-Bundes — in der Annahme, daß diese Zeit bereits da sei, zwei Minuten vor halb zwölf zu spielen anfing,

brachte es ein Schupobeamter fertig, mit seinem Pferd in die Kinder hineinzureiten.

Wenn die hallische Arbeiterschaft in ihrem Groll gegen die Schupo immer nachhaltiger wird, so ist es kein Wunder, denn diese Sorte Polizeibeamter tut selbst alles, um diesen Haß zu schüren.

Der Zug mit den Transparenten zog diesmal durch viele Straßen, die bisher wenig von der Agitation für das Volksbegehren zu sehen bekommen hatten. Und so standen denn viele Straßengänger, um die Parolen gegen die fürstlichen Räuber zu betrachten. **„Groß-Reinemachen"** hieß es auf einem Plakat, das eine Arbeiterfrau mit einem Besen zeigte, die Kronen, Hakenkreuze und Orden wegkehrt. **„Ausmisten!"** sagte ein anderes Plakat noch deutlicher, **„Keinen Pfennig den Fürsten"**, hieß es auf einem anderen Transparent, und besonders auffallend waren zwei Plakate, die den Unterschied zwischen einer Proletenfamilie und dem prassenden Fürstengesindel zeigten. Dazwischen wurden immer die Bekanntmachungen mit dem Gesetzentwurf getragen, die eine eindringliche und sachliche Aufforderung zum Einzeichnen in die Listen waren.

So bewegte sich der Zug durch die Magdeburger Straße über den Riebeckplatz, durch die Merseburger Straße, am Leipziger Turm vorbei und durch viele Straßen des Glaucharer Viertels, von da aus über die Torstraße, Wegscheiderstraße über den Rannischen Platz und durch die Lerchenfeldstraße bis zum Hallmarkt, wo nach der kurzen Ansprache einer Genossin, die auf die Bedeutung des Internationalen Frauentages und das Volksbegehren hinwies, sich der Zug auflöste.

In vielen Straßen, die der Zug berührt hatte, sah man

rote Fahnen,

und auch in anderen Gegenden der Stadt war geflaggt. Sehr erfreulich wirkte, daß gerade aus dem Händel-Haus eine große rote Fahne hing, ein Zeichen, daß die hallische ästhetische Bourgeoisie nicht so schnell verschmerzen wird. Wie sie ja auch das Volksbegehren nicht verschmerzt.

*

Verstärkte Sabotage der Reaktion

Heute prangen an den Anschlagsäulen in riesiger Aufmachung — denn die Bourgeoisie läßt sich's was kosten, um ihre Fürsten vor der Volkswut zu schützen — Plakate der schwarzweißroten Parteien, in denen das Blaue vom Himmel herunter verleumdet wird. Die reaktionären Parteien haben nämlich eingesehen, daß sie den Volksentscheid, wie es ursprünglich ihre Absicht war, nicht totschweigen konnten und deshalb haben sie eine neue Taktik eingeschlagen. Aber sie sollen nur so weiterschreien: das kann höchstens dem Volksbegehren nützen, denn nun werden auch die letzten Kleinbürger erkennen, welch verräterisches Spiel die Deutschnationalen mit ihnen treiben. Die Illusionen von den Retter-Parteien werden vollends zerstört durch das fürstenfreundliche Gekreisch, das diese Organisationen anheben.

Daß diese Parteien aber nicht nur aus denselben Geldquellen, aus denen die Fememorde finanziert werden, legale Sabotagepropaganda machen, sondern jedes Mittel benutzen, um das Volksbegehren zu hemmen, geht aus der Tatsache hervor, daß gestern nacht völkische Jünglinge die Anschlagsäulen, die den Fürstenenteignungsgesetzentwurf enthielten, mit der Parole überklebten **„Alles Geld den Juden"**, und zwar gerade auf die Stelle, wo es heißt: **„Keinen Pfennig den Fürsten."** Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir annehmen, daß diese Parole, die ebenso lächerlich wie blödsinnig ist, auf das Konto des Herrn Duesterberg und seiner Freunde zu setzen ist. Schon hat sich auf dem Amtsgericht ein

Reichsbund zur Herbeiführung eines verfassungsmäßigen Volksentscheids zur Regelung der Judenfrage

eingetragen, dessen Satzungen u. a. auch von Duesterberg unterzeichnet sind und alle völkischen Verbände zu einem antisemitischen Ring zusammenschließen will.

Diese unverschämten Ablenkungsmanöver der Hakenkreuzler werden aber ihren Zweck nicht erreichen und nicht verhindern können, daß den schwarzweißroten Fürstenlakaien weiterhin die Maske vom Gesicht gerissen wird.

Die proletarischen Organisationen haben nicht so viel Geld wie die Fememordfinanziers und ihre fürstlichen Schutzherren. Deshalb muß jeder Arbeiter und jede proletarische Frau alle Kräfte für die Agitation zum Volksbegehren einsetzen. Im Betrieb, auf der Straße, im Hause, beim Einholen: Ueberall muß es heißen:

„Keinen Pfennig den Fürsten"

Mieter, auch Euch bietet sich jetzt einmal Gelegenheit, diesen reaktionären Herrschaften eine schallende Ohrfeige zu versetzen. Bedankt Euch jetzt für alle die „Wohltaten", die Euch im Laufe langer Jahre mit zynischer Frechheit aufgezwungen wurden. Eine Handvoll ehemaliger Fürsten wohnt in Schlössern und Palästen und fordert weitere Werte an Geld, Haus- und Grundbesitz, während Ihr rücksichtslos auf die Straße gesetzt, in Asylen eingepfercht, oder jahrelang auf eine menschenwürdige Wohnung warten müßt.

Gebt jetzt den Herrschaften Eure Antwort und tragt Euch sofort, noch heute in die ausgelegten Listen für das Volksbegehren ein. Auch Eure Parole muß lauten: Keinen Pfennig, kein Quadratmeter Wohnraum, keine Handvoll Erde den fürstlichen Kriegsverbrechern. Die Milliardenwerte des Kriegsopfern, den betrogenen Sparern, den Erwerbslosen und den Wohnungslosen.

Eine Aufgabe für die Reichsgesundheitswoche

Unhaltbare Zustände in der Hautklinik

Wir haben schon mehr als einmal auf die unhaltbaren Zustände in der Hautklinik hingewiesen und schon oft Klagen von Patienten veröffentlicht. Es scheint jedoch, daß bisher in keiner Beziehung Abhilfe geschaffen worden ist, denn die Beschwerden nehmen kein Ende. Von einem Patienten wird uns über die Zustände folgendes berichtet:

Kommt ein Zugang hier in die Hautklinik, so kommt er erst in Behandlung, wenn der Arzt dagewesen ist. Die Wüste ist gewöhnlich Montags, Donnerstags, manchmal auch noch Sonnabends dazu. Kommt ein Patatient Freitag nachmittags, so kann er unter Umständen bis Montag zur Untersuchung warten, ehe er in Behandlung kommt.

Gebadet wird nur Freitags und Sonnabends. Kommt nun einer Montags von der Landstraße, der vom Fürsorgeamt hierher kommt, so muß sich derselbe ungebadet, manchmal noch mit Ungeziefer behaftet, ins Bett legen. **Reine Hemden werden hier nicht verabfolgt.** Waschgelegenheit für Unterzeug ist aber auch nicht vorhanden. Ich bin schon beim Inspektor vorstellig geworden wegen eines Hemdes, die Antwort war: **„Bekommen Sie im Gasthaus auch ein Hemd?"**

So haben wir hier schon Läuse und Filzratten zu Genüge kennenzelernt. Kommt man in ein anderes Krankenhaus, so wird man gebadet und bekommt ein reines Hemd an.

Regt man sich auf über irgendeinen Umstand, so bekommt man zur Antwort: „Wenn es Ihnen hier nicht gefällt, so gehen Sie doch wo anders hin. Das Essen läßt auch viel zu wünschen übrig in Quantität und Qualität."

Die Reichsgesundheitswoche wird von den Behörden mit großem Tamtam angekündigt. Hier ist eine Aufgabe, die zu erfüllen in der Reichsgesundheitswoche reichlich Gelegenheit sein dürfte. Denn wenn die Behörden dem Publikum Hygiene predigen wollen, müssen ihre eigenen Institutionen vorbildlich dafür sein.

Was man aber bis jetzt von den Vorbereitungen zur Reichsgesundheitswoche sieht, muß einen für die Abänderung dieser Zustände in der Hautklinik steptisch stimmen. Schon erklärt die „Hallesche Zeitung":

„Das ausgezeichnete Gelingen der Halleschen Werbewoche „Stadt und Land" im Vorjahre dürfte auch hier als Vorbild dafür dienen, daß allein eine großzügige und zweckmäßige Regie, die trotzdem sparsam angelegt ist, erst vollen Erfolg verbürgen kann," wonach nichts als äußerer Glanz und innere Hohlheit gewährleistet sein dürfte, denn von einem „ausgezeichneten Gelingen der Stadt- und Land-Werbe-Woche" kann beim besten Willen keine Rede sein.

Der Volkspark im 18. Geschäftsjahr

Die Gesellschafter der „Volkspark"-GmbH. nahmen am Montag, dem 22. Februar, den Kassen- und Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925 (18. Geschäftsjahr) entgegen.

Die Bilanz ergab in Aktiva und Passiva 271 195,15 Mk. Das Verlustkonto vom 17. Geschäftsjahr in Höhe von rund 14 000 Mk. hat sich um zirka 10 000 Mk. verringert. Die Gesamteinnahme betrug in der Berichtszeit (diesmal 15 Monate) 382 292,48 Mk. und die Ausgabe inkl. des Kassenbestandes dieselbe Summe. Im Geschäftsbericht wurde durch den Oekonomen Emil Koch und der übrigen Mitglieder der Verwaltung hervorgehoben, daß sich erfreulicherweise die Frequenz des Hauses und demzufolge auch die Einnahme gegenüber des Vorberichtsjahres gebessert habe. Immerhin seien noch genügend Schwierigkeiten zu überwinden gewesen und weitere wären noch vorhanden oder im Auftauchen begriffen. Dieser noch Herr zu werden, bedürfe es aller Umsicht der Geschäftsleitung in Verbindung mit den Verwaltungsmitgliedern und den übrigen Gesellschaftern. Im Namen des Aufsichtsrates konnte der Vorsitzende Gräfe feststellen, daß der Oekonom Koch als Geschäftsleiter alles versucht habe, um das Unternehmen durch alle Klippen hindurch zu führen. Dies sei ihm durch seine rührige Tätigkeit in Gemeinschaft mit dem Gesamtpersonal auch fast durchgehend gelungen. Wenn auch nicht immer jedem besonderen Wunsch der Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und sonstigen Gästen voll Rechnung getragen werden konnte, so sei dies doch nach Möglichkeit und den Verhältnissen entsprechend geschehen. Der Geschäftsleitung, sowie dem Personal müsse deshalb für ihre Aufopferung Dank gezollt werden. Dieser Dank treffe aber andererseits auch alle Besucher des „Volksparks" für ihre freundliche Unterstützung desselben.

Nach wie vor müsse die Verwaltung Sorge tragen, daß allen Gästen des Hauses der Besuch immer so angenehm wie möglich gemacht werde. Zu hoffen und zu wünschen sei, daß die Frequenz des Hauses auch weiterhin zunehme und daß fernerhin alle Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkorporationen ihre Veranstaltungen aller Art noch mehr als bisher nach dem „Volkspark" verlegen.

Auf Antrag hin wurde hierauf der Verwaltung einstimmig Entlastung erteilt.

An Stelle von zwei statutengemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern wurden die Gesellschafter Hermann Weber neu und Otto Koch wieder gewählt.

Zugestimmt wurde den Vorschlägen der Verwaltung, daß auch in diesem Jahre die üblichen Sommerkonzerte wieder durchgeführt werden sollen und daß ein Vorführungsraum für Filmveranstaltungen geschaffen wird. Des weiteren soll ein neuer Zugang vom Advokatenweg aus mit großem Portal und gepflastertem Weg durch den hinteren Garten geschaffen werden. — Mit diesem Vorhaben wird und soll der „Volkspark", das Heim der Arbeiterschaft, noch weitere Beachtung finden und finden müssen. Geschieht dies, dann wird es auch in Zukunft noch mehr als bisher möglich sein, der Gemeinnützigkeit Rechnung zu tragen.

Der Entschädigungsanspruch der durch die Vorkommnisse am 13. März 1925 entstandenen Schäden ist durch den Entschädigungsausschuß des Preußischen Landtages am 25. Februar 1926 mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt, so daß auch diese Belastung, ohne jede Schuld der Verwaltung, aus den niedrigen Einnahmen des in der Notlage sich befindenden Lokals getragen werden müssen.

* **Das Agitationslokal** für die Zellengruppe 5 befindet sich nicht „Schloß Freiimfelde", sondern im „Braustübl", Freiimfelder Straße.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0005

Die Lesegemeinschaft — Zentralbibliothek

Hielt am 4. März 1926 ihre erste Jahresversammlung ab. Der Leiter der Bibliothek, Genosse Illgenstein, erläuterte nochmals eingehend an Hand der gedruckten Tätigkeitsberichte die Entstehungsgeschichte der Bibliothek.

Er führte etwa folgendes aus: Nachdem 1906 und 1907 die sozialdemokratischen Parteitage beschlossen hatten, die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft durch Einrichtung von Bildungsausschüssen zu fördern, wurde dieser Gedanke auch in Halle in die Tat umgesetzt. Die eingerichteten Lehrkurse usw. verlangten immer dringender eine gut ausgebaute Bibliothek. Die Bibliothek der Partei wurde Sammelpunkt aller vorwärtsstrebenden Genossen, und vor dort aus wurde dann der Gedanke, eine Zentralbibliothek für die gesamte organisierte Arbeiterschaft zu gründen, eifrig propagiert. Die Bestände des aufgelösten Arbeiter-Bildungsvereins wurden der Parteibibliothek einverleibt, und die Metallarbeiter stellten ebenfalls ihre Bestände zur Verfügung. Die damals als „Kleinigste Bibliotheken" bestehende Einrichtung erfüllte nicht im entferntesten ihre Aufgabe. Die Propaganda für eine Zentralbibliothek stieß jedoch auf die verschiedensten Schwierigkeiten. Die Beschlüsse des Gewerkschaftskartells, welche einen Zusammenschluß befürworteten, fanden keine Beachtung. Jede Gewerkschaft hatte andere Einwände, jeder Einwand zeugte von Mißtrauen und Eigenbrötelei. Der Solidaritätsgedanke schlummerte auf diesem Gebiete. Die einzelnen Gewerkschaftsvorstände mußten jeder besonders bearbeitet werden, ehe der Anschluß erfolgte. Die vom Genossen J. 1909 vorgeschlagenen Bestimmungen über die Verwaltung der Zentralbibliothek (abgedruckt im Tätigkeitsbericht des Sozialdemokratischen Vereins 1910/11) bildeten dann die feste Grundlage für den Zusammenschluß der einzelnen Büchereien. Nachdem 1909 der Freidenkerverein seine Bestände übergab, folgten dann 28 Gewerkschaften, von den 46 damals vorhandenen Berufsgruppen. Damit war die Bahn frei für eine systematische Katalogisierung. Die Verwaltung der Bibliothek (zusammengesetzt aus Mitgliedern der angeschlossenen Organisationen) richtete gleich zwei Ausgabestellen (Nord und Süd) in Halle, eine Ausgabestelle in Ammendorf und sieben Wanderbibliotheken für den Saalkreis ein, und der Erfolg war in diesem Jahre rund 18 000 Entleihungen. Die Ziffer stieg bereits im nächsten Jahre (1911) auf rund 23 000, dann 25 000.

Der Krieg machte dann einen starken Schlußstrich. Die Ausgabestelle im Süden ging verloren, die Kräfte und Leser waren eingezogen, die Mittel flossen aus begreiflichen Gründen immer spärlicher, und die Bestände waren dem Raubbau ausgesetzt. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen SPD. und USPD. hatten keinen Einfluß auf den Bestand der Bibliothek, da ja der Ortsverein stets seine Geschlossenheit behielt. Ebenso war es bei der Vereinigung mit der KPD. Der vermögensrechtliche Vergleich zwischen den drei Parteigruppierungen 1920 **sprach der KPD. die vorhandenen Vermögenswerte zu** und damit auch den Grundstock der Zentralbibliothek. Von dieser Zeit übernahmen dann auch Genossen der KPD. wieder die Leitung der Bibliothek, wurden allerdings von den sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsvorständen sabotiert. Hatte vorher schon das Gewerkschaftskartell von den für Bibliothekszwecke gezahlten Beiträgen nur Bruchteile an die Bibliothekskasse abgeführt, wurden jetzt überhaupt keine Beiträge mehr an das Kartell gezahlt. Trotzdem blieb der Betrieb im Gange.

Im Mai 1923 erhielt dann Genosse J. von der Partei den Auftrag die Reorganisation und Leitung der Bibliothek wieder zu übernehmen. Am 22. Juni schilderte Genosse J. dann in der Sitzung des Gewerkschaftskartells den Zustand der Bibliothek und verlangte, daß die Kartelldelegierten in ihren Organisationen wieder das Interesse für die Bibliothek wecken und dafür sorgen sollten, daß die Beiträge wieder regelmäßig gezahlt würden. Der Sturmwind der Inflation blies auch diese Hoffnung davon. Das Gewerkschaftskartell, welches bis dahin eine kommunistische Mehrheit besaß, wurde von Wernicke auf Anordnung des ADGB. zerschlagen und der hallischen Arbeiterschaft ein SPD.-Ortsausschuß aufgezwungen. Daß dieser Ortsausschuß der kommunistischen Leitung der Bibliothek keine Mittel zur Verfügung stellte, versteht sich am Rande. Um diese Sabotage zu bemänteln, auf der anderen Seite aber mehr Mittel zu anderen Zwecken zur Verfügung zu haben, wurden dann am 12. Juni 1925 und am 28. August 1925 von Ferchlandt und Kasparek die bekannten Resolutionen verfaßt, die in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder Kopfschütteln erregten. Diese Resolutionen benutzten aber die SPD.-Gewerkschaftsvorstände als Vorwand, an die Bibliothek keine Beiträge zu zahlen. Diese böswillige Einstellung war der Anlaß zur Gründung des Vereins „Lesegemeinschaft Zentralbibliothek Halle", um auf diese Weise die freie Hilfstätigkeit für die Bibliothek nutzbar zu machen.

Die Verwaltung der Bibliothek liegt in den Händen des Vorstandes der Lesegemeinschaft. Der Vorstand wird aus den Reihen der Mitglieder und Organisationsvertreter gewählt. Jedes Jahr findet die Jahresversammlung statt, in welcher Bericht über den Stand der Bibliothek gegeben und Vorschläge zum Ausbau gemacht werden. Dadurch bleibt das Interesse an der Bibliothek dauernd rege und eine gedeihliche Entwicklung ist besser garantiert, als es früher der Fall sein konnte.

Den besten Beweis für die Notwendigkeit dieser Einrichtung liefert immer wieder die **dauernd steigende Benutzungsziffer.** Jeden Monat werden jetzt 1100 bis 1200 Bücher entliehen. Wenn es möglich wäre, im Süden wieder einen geeigneten Raum zur Verfügung zu bekommen, würden sich diese Ziffern leicht verdoppeln lassen. Dies setzt allerdings voraus, daß die hallische Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit wieder finanziell beiträgt, diese Pläne zu ermöglichen. (Ammendorf hatte 1925 996 Entleihungen.) Der Kassenbericht balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 1302,83 Mark. Für Katalogdruck wurden 180 Mk., Neuanschaffungen 381 Mk., Buchbinderarbeiten 234 Mk., Material und Miete 140 Mk. verausgabt. Die Verwaltung erforderte 159 Mk. Mit einem Kassenbestand von 201,41 Mk. schloß das erste Geschäftsjahr ab.

Den Bericht der Revisoren erstattete Genosse Albrecht. Die Kontrolle erstreckte sich nicht nur auf die Prüfung der Kassenbücher, sondern auf die gesamte Geschäftsführung. Wir können mit gutem Gewissen Entlastung für den Vorstand beantragen, da wir Gelegenheit haben, dauernd zu beobachten. Vorstand und Kassenführung wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Als Ersatz für den ausgeschiedenen Genossen H. Vogler wurde Genosse W. Nieme als 1. Schriftführer in den Vorstand gewählt, an dessen Revisorenstelle der Genosse A. Keil. Die Wahl erfolgte satzungsgemäß auf drei Jahre.

Korporativ sind der Lesegemeinschaft im ersten Geschäftsjahr acht Organisationen beigetreten mit rund 3400 Mitgliedern. Aufgabe unserer Genossen in den Ortsverwaltungen muß es sein, den Anschluß an die Lesegemeinschaft zu fordern.

Satzungen der Lesegemeinschaft sind beim Genossen Illgenstein, Volksbuchhandlung, Harz 42/44, zu haben.

Die Einzeichnungslokale sind täglich von 10 bis 1 und von 3 bis 8 Uhr geöffnet. Genosse, hast Du schon Deinen Nachbarn gefragt, ob er sich eingezeichnet hat?

Keine Kurzarbeiterunterstützung in Preußen?

Aus **Zeitz** wird uns geschrieben:

„**Am 1. März tagte in Zeitz das Arbeitsamt. Unter anderem stand die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung auf der Tagesordnung. Laut Beschluß der Reichsarbeitsverfassung ist die Einführung den Ländern überlassen. Von den preußischen Behörden waren noch keine Anweisungen ergangen. Durch dringliches Telephongespräch beim Regierungs-Präsidenten Grützner wurde festgestellt, daß Preußen nicht daran denkt, Kurzarbeiterunterstützungen einzuführen. Die SPD.-Leute sind ganz betreten ob dieser Entscheidung.**"

Man weiß schon bald wirklich nicht mehr, worüber man mehr staunen soll — über die Frechheit und Unverständlichkeit, mit der sich der kapitalistische Machtapparat über die Not und das Elend der Arbeiterschaft hinwegsetzt, oder über die Dummheit, mit der die Behörden glauben, daß sich die Arbeiterschaft noch lange ein solches System der **Lüge** und des **Betruges** gefallen läßt.

Mitte Februar hatte der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschlossen, die **Kurzarbeiterunterstützung wieder einzuführen.** Allerdings war der Entwurf so ungenügend, daß nach dem gegenwärtigen Stand und der Art der Kurzarbeit im besten Falle 20 Prozent aller Kurzarbeiter in den Genuß dieser „Hilfe" gekommen wären. Außerdem waren so unzureichende Zuschüsse vorgesehen, daß von einer ernsthaften „Unterstützung" der Kurzarbeiter nicht die Rede sein konnte.

Trotzdem bedeutete der Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses **einen geringen Fortschritt** und einen Erfolg der fortgesetzten energischen Vorstöße der kommunistischen Reichstagsfraktion. Während die sozialdemokratische Presse große Lobeshymnen über die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung anstimmte, **machten wir von vornherein darauf aufmerksam,** daß der Kampf um diese geringfügigen Verbesserungen **unter keinen Umständen eingestellt werden kann.** Die Regierung hatte sich nämlich erst nach langem Hin und Her zu der Erklärung bequemt, daß sie die Einführung der Kurzarbeiter-Unterstützung, wenn auch nur als besondere und vorübergehende Notstandsmaßnahme vornehmen werde. Die Kommunisten brachten daraufhin sofort einen konkreten **Gesetzentwurf** ein. Der Sozialpolitische Ausschuß nahm natürlich diese wirklich im Interesse der Kurzarbeiter liegenden Vorschläge nicht an, verlangte aber dann doch von der Regierung **die Vorlegung eines Gesetzes** über die Kurzarbeiter-Unterstützung. Aber siehe da, selbst dieser lahme Beschluß wurde von der Regierung **ignoriert** und die Regelung der Kurzarbeiterunterstützung auf dem **„Verordnungsweg"** in Aussicht gestellt.

Und nun versteht man, warum die Regierung von der Einbringung eines besonderen **Gesetzes** nichts wissen wollte. Der berüchtigte „Verordnungsweg" ist nicht anderes als der dunkle geheimnisvolle Kanal, **um die Kurzarbeiterunterstützung sang- und klanglos wieder verschwinden zu lassen, um auch den erkämpften geringen Fortschritt am besten sabotieren zu können.**

Nach der obigen Meldung ist der „Verordnungsweg" schon bei den Ländern steckengeblieben und **sozialdemokratische Regierungspräsidenten** geben ihre Hand dazu, um ein betrügerisches und lügenhaftes Gaukelspiel gegenüber dem werktätigen Volke zu decken. Hier hilft es gar nichts, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter über diese Schurkenstreiche ihrer „Koalitionsbrüder" in der Luther-Regierung und der preußischen Severing-Regierung „betreten" sind und die Sprache verlieren. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind vielmehr verpflichtet, **gemeinsam** mit der übrigen Arbeiterschaft die Winkelzüge der Regierung **sofort zu durchkreuzen** und ihre **Führer zu zwingen,** endlich gemeinsam mit den Kommunisten den **Sturz der Luther-Regierung zu erkämpfen.**

Die Luther-Regierung hat auch versucht, das **Volksbegehren** mit Hilfe ihres famosen „Verordnungsweges" zu hintertreiben. Sie muß durch den Widerstand der Bevölkerung Schritt für den Rückzug antreten. Die Arbeiterschaft muß diesen neuen Schachzug ebenfalls zuschanden machen. Insbesondere werden sich die **kommunistischen Gemeindefraktionen** sofort darum bekümmern, wo die Ausführungsbestimmungen für die Kurzarbeiterunterstützung „steckengeblieben" sind. **Der Kampf um die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung muß von neuem aufgenommen und fortgesetzt werden.**

Jung-Spartakus-Bund Ortsgruppe Halle

Montag: Probe im „Volkspart" 6 Uhr.

Dienstag: Bezirk 1 6 Uhr Produktiv-Genossenschaft Versammlung.

Mittwoch: Bezirk 2 und 3 6 Uhr Produktiv-Genossenschaft Versammlung.

* **TV. „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Halle.** Heute, Montag, den 8. März, Besichtigung des Konsums. Treffpunkt ½6 Uhr. Landsberger Straße.

Schiepzig

Eigenartige Beschlüsse der SPD. wurden den Versammlungsbesuchern der am 28. Februar von der SPD. in Schiepzig einberufenen Versammlung zuteil. Referiert wurde über das Thema: „Fürstenabfindung". Trotz des aufklärenden Referats des Herrn Habicht, Halle, war die Versammlung doch wie vor den Kopf geschlagen, als nach Schluß des Referats der Versammlungsleiter erklärte, in der Diskussion dürfte nur ein Gegner das Wort ergreifen. Trotzdem versuchten einige Genossen, sich bei der Leitung das Wort zu erbitten, aber es scheiterte an dem starren Nein der Leitung. Besonders Herr Habicht wehrte sich mit allen Fasern seines „radikalen" Herzens dagegen. Als nun alles Reden und Handeln umsonst war, baten wir die Anwesenden in ein anderes Zimmer und siehe: **sämtliche Anwesenden bis auf die SPD.-Ortsgrößen erschienen dort.** Hier ergänzte unserer Genosse Albert Kähne das Referat und gedachte hauptsächlich der Kleinbauern und Pächter. Einwohner und klassenbewußte Arbeiter von Schiepzig, seht Euch bei kommenden Wahlen Eure Führer an, damit man Euch nicht wieder das Wort abschneidet.

Spickendorf

Ein schlagfertiger Gemeindevorsteher ist der Gutsbesitzer Kurt Keitel in Spickendorf. Er nimmt sich als Oberhaupt der Gemeinde alle Rechte heraus, um Kinder und Erwachsene schlagen zu können. Dasselbe macht er auch mit den Arbeitslosen. Das Oberhaupt denkt, den Leuten alles bieten zu können. Die Arbeitslosen sollten im Steinbruch Steine schlagen für die Gemeinde. Dabei haben sie sich etwas von Politik unterhalten. Einer, der den zweiten Vorsitzenden des Kriegervereins macht, läuft gleich zum Gemeindevorsteher und erzählt ihm alles. Dieser ließ nun einen von unseren Genossen keine Steine mehr schlagen, sondern verlangte, daß er zu Hause bliebe. Genau wie mit den Gemeindemitgliedern geht er mit seinen **Gutsarbeitern** um. Eines Tages sollten zwei Knechte Steine von außerhalb fahren. Es ist so Sitte, daß es dafür Zebgeld gibt, aber bei Herrn Keitel sieht es damit böse aus. Die beiden Knechte waren doch im Gasthaus eingekehrt. Herr Keitel hat das gesehen. **Die Folge war, daß einem der Knechte gekündigt wurde, der sogar ein Stahlhelmfreund und Kriegervereinsmitglied ist.** Erst nach langem Bitten durfte er wieder bleiben. Auch dem Verwalter war gekündigt, einen jungen Pferdeknecht hat er fortgejagt und auch der Schweizer ist fortgemacht, da er wie seine Braut die Schikanen der Frau Keitel und des Herrn nicht mehr aushalten konnten. Diese behaupteten immer, es wäre zu wenig Milch abgeliefert. Auch sucht Frau Keitel in der Wohnung des Schweizers in der Wäsche herum, als ob die Milch in der Wäsche versteckt sei. Der Schweizer sollte zwar doch bis zum 1. d. Mts. dableiben, aber er ging gleich. Als er sein Deputat für Dezember und Februar verlangte, hat es Herr Keitel verweigert. Die Invalidenkarte von der Braut des Schweizers war nicht geklebt, da Keitel angeblich keine Marken hätte. Ein Betriebsrat besteht nicht, auch gehören die Gutsarbeiter keinem Verband an, sonst könnte so etwas nicht vorkommen.

Wer hat Bilder vom Märzkampf?

An die Parteimitglieder im Bezirk Halle-Merseburg!

In der zweiten Hälfte des Monats März jähren sich zum fünften Male die heißen, blutigen Tage der Kämpfe von 1921 in Mitteldeutschland. Die KPD. im Bezirk Halle-Merseburg wird einen Teil ihrer Arbeit des Monats der Erinnerung an diese Kämpfe widmen, zur Ehrung der Opfer und zur Auswertung des Ergebnisses der Bewegung für Gegenwart und Zukunft. Das Nähere ist aus dem Arbeitsplan für März ersichtlich, der in der letzten Nummer des „Bolschewistischen Kurs" abgedruckt wurde.

Am 20. März erscheint der „Klassenkampf" in erweitertem Umfange, zweifarbig gedruckt, als Sondernummer „Mitteldeutsche Märzkämpfe". Es sollen darin auch eine Anzahl Bilder wiedergegeben werden von gemordeten Genossen, Brennpunkten der Kämpfe usw. An die Parteimitglieder, namentlich in den Mansfelder Kreisen, ergeht das Ersuchen, etwa in ihrem Besitz befindliche Photographien, die an die Märzkämpfe von 1921 erinnern, uns zum Abdruck zur Verfügung zu stellen. Die Bilder werden unversehrt den Einsendern wieder zurückgegeben. Sofortige Einsendung ist erforderlich.

BL., Agitprop.

Der Landesverrat der Fürsten

Volksentscheid. Das nationale Gebot der Stunde. Von Albert Winter, München. Preis 10 Pf. Herausgegeben vom Reichsausschuß für Fürstenenteignung, Berlin W 66, Wilhelmstraße 48.

Der Verfasser weist an Hand geschichtlicher Tatsachen nach, daß die deutschen Fürsten von je ihre dynastischen Sonderinteressen in den Vordergrund stellten und dabei vor keinem Verrat der nationalen Interessen zurückschrickten. Mehr wie einmal verrieten die Fürsten deutsches Land an den Feind, um ihren Thron zu retten oder ihre egoistischen Sonderziele zu erreichen. Die deutsche Einheitsidee hatte in den Fürsten ihren geschworenen Feind. So oft sich das Volk erhob, wurde es von den Fürsten um seinen Sieg betrogen. Landes- und Hochverrat hat Wilhelm II. getrieben, als er an den russischen Zaren Nachrichten weitergab, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches dringend erforderlich war. Im Kriege war es oberstes Bestreben der Fürsten, für ungekrönte Prinzen neue Throne in den Randstaaten zu erlangen. Diese Politik führte zur Verlängerung des Krieges und damit zu der grausamen Niederlage im November 1918. Allen voran betreibt der Wittelsbacher noch heute Hoch- und Landesverrat, indem er sich als König feiern läßt und mit seinem Anhang beharrlich am Sturze der Republik und der Beseitigung der Reichseinheit arbeitet. Um die Einheit des Deutschen Reiches sicherzustellen, muß die politische und finanzielle Machtstellung der Fürsten vernichtet werden. Das ist das tägliche nationale Gebot. Darum Volksentscheid, entschädigungslose Enteignung!

Neue Genossenschafts-Literatur

Soeben erschien Nr. 1 des 3. Jahrgangs der Zeitschrift „Genossenschaft im Klassenkampf" mit wichtigen Beiträgen über die Aufgaben der proletarischen Genossenschaftspolitik, die speziellen Aufgaben der Genossenschafts-Opposition bei der Schaffung des Linksflügels in Deutschland, die Frage der Entsendung von Genossenschafts-Delegationen nach Sowjet-Rußland sowie mit Informationen über die Genossenschaftsarbeit in Groß-Britannien, Frankreich, Oesterreich und in der Schweiz. Preis 20 Pf. Bei Mehrbezug 30 Prozent Rabatt!

Ferner erschien Nr. 1 des 4. Jahrgangs der „Genossenschafts-Zeitung" (unabhängiges Diskussionsblatt, Organ für proletarische Genossenschaftspolitik). Die proletarische Genossenschafts-Opposition weist darin Wege für den Kampf gegen Hunger und Elend, gegen die Erwerbslosigkeit, fordert die Konsumvereine zur Teilnahme am Volksentscheid auf und dringt außerdem die interessante Geschichte **einer Genossenschafts-Zellenzeitung.** Preis 5 Pf.

Beide Schriften sind erhältlich in jeder Parteibuchhandlung oder direkt vom Allgemeinen Genossenschaftsverlag, Berlin N 54, Linienstraße 87.

Die Befreiung der Arbeiterinnen in Sowjet-Rußland

Von Maria Iljina

I. Auch Frauen müssen qualifizierte Arbeiterinnen werden

Im Laufe des letzten Jahres hat die Fabrikarbeiterin ihre Produktionskenntnisse erweitert und am Frauentag aus ihrer Mitte nicht wenig gut ausgebildete Arbeiterinnen der qualifizierten Arbeit übergeben.

So wurden z. B. im Gouvernement Iwanowo-Woßnesezenk auf der nach Djeman Bednij benannten Fabrik, sowie auch auf anderen Fabriken viele Arbeiterinnen für qualifizierte Arbeit angestellt. Auf den Fabriken Charkows und auf anderen Fabriken wurden viele Frauen von der Schwarzarbeit zur qualifizierten Arbeit versetzt.

In einigen Fabriken wurden die Heldinnen der Arbeit gefeiert.

„In der Stadt Kurgan (Westsibirien) — berichtet uns die Genossin Terschowa — wurden die Heldinnen der Arbeit gefeiert. Es waren ihrer zwölf. Diese im Alltagsleben unbemerkten bescheidenen Heldinnen führen heldenhaft kleine Teile der großen Arbeit aus, die das Proletariat führt."

In anderen Städten wurden die Verdienste der Arbeiterinnen, der Heldinnen der Arbeit, hervorgehoben; den besten von ihnen wurden Geschenke überreicht.

II. Die Befreiung von den Ketten des Haushalts

Von Jahr zu Jahr machen die Arbeiterinnen und Bäuerinnen unserer Union immer mehr Fortschritte im neuen Leben. Am Tage des 8. März wurden in der ganzen Sowjetrepublik viele neue Speisehallen und Kinderheime, Krippen und Waschanstalten, kurz alle jene Anstalten eröffnet, die die werktätige Frau von der stumpfsinnig machenden Arbeitslast befreit.

Genosse Pjuschew teilt uns mit:

„Die Arbeiterinnen der Bogorodsko-Glucho wer Manufaktur feierten den Internationalen Frauentag am 8. März durch die Befreiung der Frau vom Küchenjoch, durch Eröffnung einer Speiseanstalt für 4000 Personen. Dies war das beste Geschenk für die Gluchower Arbeiterinnen."

Die Genossin Kuropatkowa schreibt, daß in der Stadt und im Gouvernement Jaroslawl zu Ehren des 8. März im laufenden Jahr folgende Maßnahmen durchgeführt werden sollen: Eröffnung einer Untersuchungs- und Beraungsstation für Schwangere, auf der Fabrik „Krasnij-Partizo", Eröffnung eines Erholungsheims, Aufbau einer neuen Entbindungsanstalt, Vermehrung der Krippenzahl, Erweiterung des Heimes für obdachlose Mütter, Unterstützung der ärmsten Bäuerinnen durch das Komitee der gegenseitigen Hilfe, Zeichnung von Mitteln für die ärmsten Bauern-Schulkinder, Organisation von Arbeitskollektiven, Nähwerkstätten, Wäschereien usw.

Am Tage des 8. März wurden in Iwanowo-Woßnesenzk drei Speiseanstalten eröffnet; die Gouvernements-Exekutive zeichnete 15 000 Rubel für die Organisation von Kindergrippen auf dem Lande. Es wurde ein Heim für obdachlose Mütter und Kinder eröffnet, im Heim für arbeitslose Frauen wurden ein Kinderzimmer und eine Arbeiterinnenecke eingerichtet.

Im Don-Becken wurde, wie Genosse Anderes mitteilt, am 8. März in den Schächten Nr. 4 und 5 ein Speisehaus der „Narpio" (Volksverpflegung) eröffnet.

Bei der Rudischenkow-Grube, so teilt Genossin Antonenkowa mit, wurden Krippen für Arbeiterkinder eröffnet.

All dies ist nur ein kleiner Teil dessen, was am Tag des 8. März getan wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Arbeitersportler, leistet Eure Unterschrift!

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes erläßt an seine Mitglieder einen Appell, dem wir folgendes entnehmen:

„Der Volksentscheid über die unverschämten Forderungen der ehemaligen Fürsten, ihrer legalen und illegalen Nachkommenschaft, soll mit dem Begehren erzielt werden. Das Begehren ist ein offenes politisches Bekenntnis, ob die Millionen der Republik, die aus Volksmitteln geschaffenen Schlösser, Paläste, Kunstinstitute, Sammlungen, Parkanlagen und Ländereien Eigentum des wahren Besitzers, der Republik, bleiben sollen, oder ob sie als Dank fortgelaufener Potentaten und am heutigen Elend schuldigen gekrönten Kriegstreibern ausgeliefert werden sollen.

Zu dem Volksbegehren müssen wir Arbeiterturner und -sportler beiderlei Geschlechts uns offen bekennen und Mann für Mann mit unserem Namen unseren poletarischen Willen bekunden.

Bundesmitglieder, unterstützt das Volksbegehren restlos, zeichnet Euch in die Listen ein!“

Die Kommunisten für die Arbeiterturner

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Haushaltausschuß folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, im Haushalt des Reichsministeriums des Innern zum Kapitel: **Förderung des Turn- und Sportwesens** statt der vorgeschlagenen 400 000 Mark den Betrag von 5 000 000 Mark einzusetzen. Die Mittel werden nach folgenden Richtlinien verwendet:

Es erhalten:

1. Zentralkommission für Arbeitersport	1 500 000 Mk.
2. die proletarischen Turn- und Sportvereine (Turner, Ruderer, Segler, Leichtathleten usw.)	1 000 000 Mk.
3. Jugendherbergsverband	2 000 000 Mk.
4. Arbeiter-Turn- und Sportschule	500 000 Mk.

Im entsprechenden Kapitel der einmaligen Ausgaben ist einzusetzen als Baukostenzuschuß zur Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes 600 000 Mk.

*

Vorstehender Antrag ist inzwischen im Haushaltausschuß des Reichstags **von den Sozialdemokraten und Bürgerlichen abgelehnt** worden. Beide stimmten einem Kompromißantrag zu der kurz vor der Abstimmung von drei Mill. auf eine Mill. Mk. reduziert worden war.

Fußball

ASC. 1. — Teutonia 1. 4:1 (2:0)

4.45 Uhr pfiff Sportgenosse Geyer (Minerva) das 1. diesjährige Serienspiel an. Da beide Mannschaften durch vorhergehende Spiele ihre Gleichwertigkeit bewiesen hatten, glaubte man wohl, ein schönes Spiel vorgeführt zu bekommen, was aber nicht immer der Fall war. Nach Anstoß erfolgt ein aufgeregtes Spiel. ASC. findet sich schnell zusammen. In der achten Minute fällt das erste Tor. Das zweite Tor fünf Minuten später nach schöner Kombination. Bis Halbzeit findet das Spiel zum größten Teil in Teutonias Spielhälfte statt. Mehrere Ecken für beide Parteien bringen nichts ein.

Nach Wiederanstoß setzt sich Teutonia mehr als bisher durch, ohne aber an dem Resultat etwas zu ändern, während ASC. noch zweimal erfolgreich sein kann. Drei Minuten vor Schluß gelingt es Teutonia, das Ehrentor zu buchen. Das Spiel brachte nicht das, was man von ihm erwartet hatte. Wünschenswert wäre es, wenn das Publikum nicht so einseitig eingestellt wäre.

Sportbrüder 1. — Bruckdorf 1. 1:0

Um 3½ Uhr gab der Unparteiische den Ball frei. Im flotten Tempo ging es bald vor des Gegners Tor, doch die Hintermannschaft von Br. klärte. Kurz vor der Pause konnte der Halbrechte scharf einsenden. Nach dem Wechsel hatte Sportbrüder das Heft sicher in den Händen, konnte aber durch Ueberkombination und hartes Spiel nichts mehr anbringen. Bei dem Stande von 1:0 trennte der Schiedsrichter die Mannschaften. Der Schiedsrichter Kneist leitete einwandfrei.

Giebichenstein 1. — Kröllwitz 1. 1:3

Bei etwas schlüpfrigem Boden gibt der Schiedsrichter den Ball frei. Sofort setzt ein flottes Spiel ein. Beide Tore kommen des öfteren in Gefahr. In der 38. Minute kann Kröllwitz das erste Tor einsenden. Kurz nach Halbzeit stellt Kr. das Resultat auf 2:0. G. spielt gegen Sonne, die Verteidigung arbeitet unsicher. In der 64. Minute stellt G. das Resultat auf 2:1. Kurz darauf sendet Kr. zum dritten- und letztenmal ein. So bleibt es bis zum Schluß. Schiedsrichter war gut. Bei Kr. entschied die Läuferreihe den Sieg. Bei G. enttäuschten die Außenläufer, dadurch war der Mittelläufer überlastet.

Wörmlitz 1. — Fortuna 1. 0:4

W. hat Anstoß, F. fängt geschickt ab und strebt dem gegnerischen Tore zu. In der Mitte der ersten Spielzeit kann F. einmal erfolgreich sein. Nach Halbzeit kommt F. zu einem Elfmeter, welcher gut gehalten wird. W. strengt sich tüchtig an, kann aber nichts Zählbares erreichen. F. kann bis zum Schluß noch dreimal einsenden. Beide Mannschaften zeigten infolge schlüpfrigen Bodens mäßige Leistungen. Schiedsrichter gut.

Sportlust 1. — Askania 1. 5:4 (Protest).
Fichte 1. — Teicha 1. 2:2.
Trotha 1. — Ammendorf 1. 5:5.
Diemitz 1. — Ammendorf 2. 4:0.
ASC. 2. — Teutonia 2. 0:5.
Trotha 2. — Fortuna 2. 0:2.
Viktoria 2. — Sportlust 2. 9:1.
Askania 2. — Brachstedt 1. 1:2.
Giebichenstein 2. — Fichte 2. 14:0. Fichte mit neun Mann.
Diemitz 2. — ASC. 3. 3:3.
Minerva 3. — Teicha 3. 3:0.

Sportgenosse!

Hast Du Dich schon in die Liste zum Volksbegehren eingetragen?

Wenn nicht, hole es sofort nach, es ist Deine Pflicht als Arbeitersportler!

Wörmlitz Jgd. — Giebichenstein Jgd. 3:0

G. hat Anstoß, kommt aber nicht weit. W. geht aus sich heraus, kann jedoch nichts Zählbares erreichen, da oftmals Latte oder Pfosten retten. Trotzdem muß der gute Torwart von G. in kurzen Abständen den Ball zweimal aus dem Netz holen. Nach Halbzeit kann W. den Gegner in seiner Spielhälfte festhalten und kurz vor Schluß das Resultat auf 3:0 stellen.

ASC. Jugend — Trotha Jugend 3:0.
Sportlust 1. Jugend — Fichte 1. Jugend 0:0.
Askania Jugend — Viktoria Jugend 3:2.
Wörmlitz Jugend — Giebichenstein Jugend 3:0.

Von den Mannschaften Zörbig, Viktoria, Gröbers, Lettin, Teicha waren zurzeit keine Resultate da. Das muß anders werden, die Resultate wenigstens müssen Sonntag abend in der Zentrale sein.

Handball

Giebichenstein Schüler — Fichte Schüler 0:2 (0:0)

Beide Mannschaften standen sich am Sonntag auf dem Fichte-Platz im Gesellschaftsspiel gegenüber, welches Fichte mit dem Resultat 2:0 für sich entscheiden konnte. Der Fichte-Mannschaft merkte man das längere Zusammenspiel sofort an, vorzüglich arbeitete die Läuferreihe. G. dagegen, als Anfänger, hielt sich tapfer gegen die Angriffe der Fichte-Mannschaft und kein Wort des Mißmutes kam über ihre Lippen, währenddem die kleinen Fichte-Stürmer viel mit dem Munde spielten.

Mit einer Verspätung nahm das Spiel seinen Anfang. G. hat Anwurf, verliert den Ball an Fichte und auf und ab wieder ging es. Die kleinen G. Stürmer kommen aber bei der guten Hintermannschaft nicht an und wurden immer zurückgedrängt. Fichte seinerseits kann sich aber auch nicht recht durchsetzen, und die meist gut angebrachten Würfe werden Beute des G. Torwarts. Nach Halbzeit spielt G. mit Wind, aber nun ist Fichte die angebende Partei, so daß G. nicht mehr auf das Sichstellen achtet. Es sah aus, als ob das Spiel unentschieden werden sollte. Doch in der 34. Minute der erste Erfolg für Fichte. G. versucht ab und zu auch sein Glück, doch es gelang nicht, währenddem Fichte durch schönen Wurf von Linksaußen das zweite Tor für sich bucht. Es bleibt bei diesem Resultat bis zum Schlußpfiff. Der Schiedsrichter war beiden Parteien ein aufmerksamer Leiter.

Es liefen sehr spärliche Ergebnisse ein.
Minerva 1. — Ammendorf 1. 3:0.
Fichte 2. — Fichte 3. 0:0.
Fichte 1. Jugend — Ammendorf Jugend 1:6.
Giebichenstein Sportlerinnen — Fichte 2:0.

Turner

Turn- und Sportverein Fichte, e. V., veranstaltet Sonnabend, den 13. März, im „Volkspark“ nach mehreren Jahren wieder einen Elternabend, der von allen Sportlern und Sportfreunden besucht werden sollte. Er wird zeigen, daß die Schüler- und Schülerinnen-Abteilung in voller Höhe ist und gegen früher bedeutende Fortschritte zu verzeichnen hat. Sämtliche Darbietungen werden nur von Schülern und Schülerinnen ausgeführt. Musikfreunde werden ebenfalls auf ihre Kosten kommen, da die Kindergruppe des 1. hallischen Mandolinenorchesters einige Sachen zu Gehör bringen wird. Die Bedeutung der Sportbewegung unter den Schülern geht am besten daraus hervor, daß jetzt zu Ostern über 50 Mädchen und Knaben aus der Schülerabteilung Fichte die Schule verlassen und in das Erwerbsleben eintreten. Diese der Arbeitersportbewegung zu erhalten und darüber hinaus den Gewerkschaften zuzuführen, ist eine weitere Aufgabe. Somit ergibt sich, daß die sportliche Betätigung nicht allein die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen fördert, sondern auch den Weg zur proletarischen Klassenfront ebnet.

Im gesamten Reiche gibt es 2100 Sportplätze. Bei rund 63 000 Gemeinden in Deutschland kommt

auf 30 Gemeinden 1 Sport- bzw. Spielplatz.

Die Fürsten fordern 500 000 Hektar Landbesitz, das reicht, um in jeder Gemeinde acht Sportplätze anzulegen. Einige Dutzend Fürstenfamilien verlangen also 240mal so viel Land, als den vielen Millionen Arbeitersportlern für ihre sportliche Betätigung zur Verfügung steht.

Keinen Fetzen Land den habgierigen Fürsten!
Zeichnet in die Listen für das Volksbegehren!

Fichte (Schülerabteilung). Die Bühnenprobe zum Elternabend findet Donnerstag, den 11. März, statt. Die Mitwirkenden bei den Freiübungen (Liebenauer Schule), beim Theaterstück und der Pantomime müssen um 6 Uhr in der „Volkspark“-Turnhalle sein. Programme, 75 Pf. an der Kasse und 60 Pf. im Vorverkauf, sind durch alle Kinderausschußmitglieder und in den Turnstunden zu haben.

Kegler

Achtung, Kegelsportler!

Im Rundschreiben vom 4. Februar werden die Ortsgruppen resp. Klubs darauf hingewiesen, eine Liste sämtlicher Mitglieder an den Bezirksvorsitzenden, Sportgenossen Otto Krei, Halle a. S., Hardenbergstraße 17, einzusenden. Der 5. März war als Schlußtag angegeben. Aber wie sind die Ortsgruppen oder Klubvorstände ihrer Pflicht nachgekommen? Von 14 Ortsgruppen haben drei eingesandt. Das sind Halle, Teutschenthal und Nauendorf. Was soll das bedeuten? Die Ortsgruppen verlangen vom Bezirksvorstand schnelles und intensives Arbeiten, sind beim geringsten Versehen desselben mit scharfer Kritik schnell bei der Hand. Und sie selbst? Soll solche Bummelei im Bezirk Halle weitergehen? Diese Fragen sollen und müssen alle Mitglieder des Bundes besprechen. Jedem einzelnen machen wir zur Pflicht, seinen Vorstand unbedingt darauf hinzuweisen, daß er den Beschlüssen und Anweisungen des Bundes und Bezirks nachkommt.

Sportgenossen! Es handelt sich um die Meldelisten zur Unfallversicherung. Wir weisen alle Kegelbrüder darauf hin, wer bis zum 12. März nun nicht gemeldet ist, geht seiner Ansprüche an den Bund bei einem Unfall verlustig. Gleichzeitig müssen wir die Ortsgruppen daran erinnern, daß die Beiträge für Bund und Bezirk bis zum 15. jeden laufenden Monats einzusenden sind. (Siehe Bundesstatut.) Der Bezirksvorstand erwartet, daß Ihr Eure Vorstände auf ihre Pflicht aufmerksam macht. Das Zeitungsgeld von 10 Pf. pro Kopf für Februar steht noch aus. Wir ersuchen um schnelle Erledigung. **Der Bezirksvorstand.** J. A.: Otto Krei.

Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle

Spiele am 14. März

Gruppe 5. Brüderlichkeit — Vorwärts 8 bis 1 Uhr vormittags, Neumark gegen Teicha von 9 Uhr vormittags.

Spiele vom 7. März

Freie Kegelbrüder — Schiepzig 1:1, Halle-Süd — Ammendorf 0:2, Passendorf gegen Döllnitz 2:0.

Dienstag, den 9. März, abends 7 Uhr, im „Volkspark“ erweiterte Vorstandssitzung. Dazu ist der Vorsitzende des Baufonds der Ortsgruppe eingeladen. Erscheinen dringend notwendig.

Vereinsmitteilungen

Amtlich. Die Jugendleiter des 6. Bezirks, welche am 13. März nach Magdeburg fahren, treffen sich am Sonnabend, dem 13. März, nachmittags 3 Uhr, an der Ostseite des Hauptbahnhofs Abfahrt 3.40 Uhr. R. Mertins, Bezirksjugendleiter.

Turn- und Sportverein Fichte, Halle, e. V. Achtung, Vorturnerschaft! Montag, den 8. März, abends ½8 Uhr, findet bei Teichmann eine dringende Sitzung statt. Pflicht eines jeden Sportgenossen ist, pünktlich zu erscheinen. Nichterscheinen wird bestraft.

Sportverein Halle-Kröllwitz (Sportlerinnen). Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“ für sämtliche Sportlerinnen Sitzung. Unentschuldigtes Fernbleiben wird bestraft.

Arbeiter-Sportklub Halle. Mittwoch, den 10. März, treffen sich alle Leichtathleten zum Training um 5 Uhr auf der Peißnitz.

AWB. Naturfreunde, Halle. Dienstag, den 9. März, Mitgliederversammlung. Die Genossen, die noch mit dem Beitrag rückständig sind, haben Dienstag abzurechnen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Arbeiter-Radio-Klub Halle. Infolge der Ausstellung finden Bastelstunden an folgenden Tagen in bekannter Weise statt: Montag, Dienstag und Mittwoch.

Zwintschöna. Die Sammellisten zur Errichtung eines Gedenksteins für den Genossen Walter Naumann müssen bis nächste Woche bestimmt abgerechnet werden.

Arbeiter-Sportkartell Merseburg

„Die neue Großmacht“, der Sportfilm von der 1. Arbeiter-Olympiade in Frankfurt am Main, sollte am 9., 10. und 11. März in Merseburg laufen. Aus technischen Gründen ist dies aber nicht möglich. Die Interessenten des Films, welche schon Eintrittskarten gekauft haben, bitten wir, die Karten aufzuheben, da diese ihre Gültigkeit nicht verlieren. Wir bitten, noch recht eifrig für den Film zu agitieren. Alles Nähere wird noch bekanntgegeben und bitten wir, die Sportbeilage fleißig zu beachten.

Bei folgenden Sportgenossen sind Karten im Vorverkauf zu erhalten: Paul Furkert, Sixtiberg 7; Willi Faust, Vorwerk 12; Hugo Krappmann, Delgrube 17; Willi Schlag, Domprobstei 6; Hilda Eckert, Weidenweg 13; Otto Pluta, Burgstraße 3; August Merkert, Burgstraße 9; Otto Neuthor, Johannisstraße 7; Walter Mory, Saalstraße 3; Bartholomäus, Sixtistraße 6; Paul Mittag, Seffnerstraße 8; Walter Voigtländer, Karlstraße 2; Karl Schlacht, Seffnerstraße 4; Friedrich Bott Neu-Rössen, Mittelstraße 16; Hermann Kunert, Leuna, Schlosserstraße 12.

P. Mittag, Merseburg, Seffnerstraße 8.

Arbeiter-Radio-Klub Merseburg. Die Radiobewegung hat unter den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Stadt Merseburg eine so erfreuliche Förderung erfahren, daß auch hier der Arbeiter-Radio-Klub Wurzel gefaßt hat. Eine Versammlung des Arbeiter-Radio-Klubs wird in Kürze veranstaltet. Weitere Mitteilungen hierüber ergehen noch. Wir machen zugleich auf die am 12. bis 14. März in Halle im „Volkspark“ stattfindende Funkausstellung des Arbeiter-Radio-Klubs Halle aufmerksam.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Zeitz

Monatsprogramm. 10. März: Vortrag: Das Erwachen der Natur. 14. März: Botanische Wanderung. Abmarsch 7 Uhr von der Post. 17. März: Musik- und Liederabend. 21. März: Streiftour nach Gutenborn. Abmarsch 7 Uhr Steineck. 24. März: Lith. Abend (Lorbeer). 28. März: Tagestour nach dem Dronßiger Forst. Abmarsch 7 Uhr von der Eisengießerei. 31. März: Ostertouren-Besprechung. Vom 2. bis 5. Osterfahrten. Alles Nähere hierüber in den Mittwochs-Veranstaltungen. Gäste herzlich willkommen. Die Ortsgruppenleitung.

Wittenberg. Touristenverein „Die Naturfreunde“. Dienstag, den 9. März, abends 7½ Uhr, im Heim außerordentliche Generalversammlung. Daselbst 6½ Uhr Vorstandssitzung. Wegen wichtiger Tagesordnung muß jedes Mitglied erscheinen.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Hosenträger, Rucksäcke billigst **Gummi-Bieder, Gr. Steinstraße** 507

Die Rebellion

10]

Roman von Joseph Roth

Copyright 1924 by Verlag Die Schmiede, Berlin

Am nächsten Morgen übersiedelte Andreas. Er nahm Abschied von Willi und ließ einen Gruß für Klara zurück. Willi begleitete ihn, trug ihm den Koffer bis zur Straßenbahn und pfiff unterwegs ein herausfordernd keckes Lied. Er verbarg beide Hände in den Hosentaschen und ging mit breiten Schritten und auseinandergespreizten Beinen gemächlich neben dem hinkenden Andreas. Den kleinen, aber schweren Holzkoffer hatte er mit einem Riemen um den Arm geschlungen, wie eine Einkaufstasche oder einen leeren Marktkorb. Es bedeutete eine stille Ehrenbezeugung für den scheidenden Andreas, daß Willi so seine Riesenkräfte demonstrierte. Auch das ausgelassen muntere Lied pfiff er aus Wehmut. Und an der Haltestelle sagte er zwischen den Zähnen: „Viel Glück auch, Andreas!“ — und machte kehrt und schlenderte gemächlich den Weg zurück und warf noch einen langen Blick in die Seitengasse, in der die Würste vor dem Delikatessenladen hingen, prall und feist, wie dicke Gehenkte.

Es ließ sich nicht vermeiden, daß Andreas einige Tage später den Unterinspektor der Polizei kennen lernte und dessen Glückwunsch entgegennahm. Diese Begegnung verlief in Anwesenheit der Frau Katharina, die nicht merken konnte, welchen Schmerz Vinzenz Topp hinter seiner fröhlichen Formgewandtheit verbarg. Daß man einen Krüppel ihm vorgezogen, dem bestgewachsenen Mann der ganzen Umgebung, daß man seinen Rang nicht beachtet hatte, seine Uniform und seine Klugheit, daß seine Frauenkenntnis wirkungslos, seine Andeutungen vergeblich geblieben waren, — das alles verletzte Vinzenz Topp. Er beschloß, dem neuen Mann der Katharina Blumich — es war ein Mißgriff dieser sonst klugen Frau — keine Sympathie entgegenzubringen. Er grüßte kaum, wenn er und Andreas sich im Hause trafen.

Aber Andreas merkte nichts, denn er lebte in der neuen und betäubenden Glückseligkeit, die uns wie ein Panzer gefühllos gegen die Schlechtigkeit und die Kränkungen der Welt macht und wie ein gütiger Schleier die Bosheit der Menschen verhüllt.

Ja, Andreas war glücklich. Ein göttliches Weib wärmte sein Lager und wandelte es in ein Paradies. Kein Schmerz gemahnte an das fehlende Bein. In der neugefütterten Krücke lag der Stumpf warm gebettet, wie in der Höhlung einer liebenden Frauenhand. Den Morgen leitete die dampfende Kaffeetasse ein. Den Tag beschloß ein warmes Essen. Butterbrote lagen in seinen Taschen, begleiteten ihn auf seinen Wegen, wie Grüße seiner Frau. In den Stunden der Dämmerung saß Anni, das blasse, großäugige Kind, auf seinem gesunden Knie. Andreas erklärte ihr den wunderbaren Sinn der Bilder auf dem Leierkasten.

„Du bist ein liebes kleines Mädchen“, sagte er oft und sinnlos, denn er plagte sich vergeblich, um ein schöneres Wort für Anni zu finden.

Langsam und wie eine große, gut heilende Wärme breitete sich in ihm die Liebe aus.

An einem der ersten Novembertage heirateten sie. Zum letztenmal in diesem Herbst schien die Sonne so warm, daß man ganz leicht und frei, wie im Frühling, vor der Kirche stehen konnte (vor der Kirche aus gelben Ziegelsteinen, die von einem leise bereiften Rasen umgeben war), und daß die kleine Anni nicht fror, obwohl sie ein dünnes weißes Musselinkleidchen trug, ohne Mantel. Sie sah aus, wie eine kleine Braut.

Dann kamen die trüben, die regnerischen, die kalten Tage. Nur am Vormittag geht Andreas in die Höfe spielen. Ihn friert nicht. Ihn durchnäßt der zudringliche Regen nicht. Er trauert nicht um die wolkenverhangene Sonne. Dank seiner neuen, unten kantig gehobelten Krücke gleitet er niemals auf schlüpfrigem Pflaster. Hart an den Borden der Bürgersteige geht er und vor ihm führt Muli, der kleine Esel, den Kasten auf einem Handwagen. Alles ist Andreas' eigenes Gut. Nun denkt er schon an einen Papagei mit grünen und roten Losen für den Frühling. Kinder und Erwachsene sehen ihm nach. Trotz der Kälte regnet es Geld aus allen Fenstern, in allen Höfen. Trotz der Kälte greifen Passanten in die verborgenen Taschen. Alle — nicht alle, aber viele kennen ihn. Was fehlt Andreas Pum?

Er liebte alles in der Welt und besonders zwei — sind es Dinge oder Menschen? — Sie gehören zusammen und sind nicht von einer Gattung. Andreas liebte Anni und Muli, das Kind und den Esel.

Dem Esel hatte er einen kleinen Stall im Hof gebaut. In der Nacht denkt er manchmal daran, daß Muli friert. Am nächsten Tag will er mehr Stroh in den Stall tun.

Plakate sind an den Litfaßsäulen zu sehen. Die Invaliden sind wieder einmal unzufrieden. Heiden, die sie sind! „Kameraden!“ schreien die Plakate. Die Regierung! Die Regierung! Sie wollen die Regierung abschaffen! Ihn, Andreas Pum, konnte man nicht für derlei Dinge haben. Er machte keinen Radau, er war ein ruhiger Mensch, er verachtete Kartenspieler, Trinker und Rebellen.

Mit dieser Verachtung im Herzen hätte Andreas Pum alle die langen oder kurzen Jahre leben können, die ihm vom Schicksal zugedacht waren, mit dieser Verachtung im Herzen, in dieser warmen, guten Behaglichkeit, in dieser vollendeten Harmonie mit den irdischen und göttlichen Gesetzen, den Priestern ebenso nahe, wie den Beamten der Regierung — — wenn nicht ein ganz fremder Mann in Andreas Pums Leben getreten wäre, um es zu vernichten, nicht mit dem Willen zum Bösesein, sondern von der Blindheit des Zufalls dazu gezwungen, ein unwissendes Mittel in der Hand des Teufels, der manchmal die göttliche Regierung unterbricht, ohne daß wir es ahnen; so, daß wir noch in der tröstlichen Gewißheit, daß ein Gott über uns wacht, unsere stummen Gebete zu ihm hinaufsenden, — und uns wundern, wenn sie nicht erhört werden. Der Mann, dem Andreas sein Unglück zu verdanken hatte, war der Posamenteriehändler Arnold, von der Firma Arnold & Hahn.

VII

Herr Arnold war groß, gesund, satt und dennoch unzufrieden. Das Geschäft florierte. Daheim wartete seiner eine treue Gattin, die ihm zwei Kinder geboren hatte: einen Knaben und ein Mädchen, genau so, wie er es sich gewünscht. Seine Anzüge saßen gut, seine Krawatten waren immer modern, seine Taschenuhr ging richtig, sein Tag war mit einer wohltätigen Genauigkeit eingeteilt. Keine unangenehme Ueberraschung konnte ihm die milde Ordnung seines Lebens stören. Es schien fast ausgeschlossen, daß ihm je eine Morgenpost den peinlichen Bettelbrief eines unbegüterten Verwandten bringen würde. Er hatte keine armen Verwandten. Er stammte aus einer wohlhabenden Familie, in der es keine Zwistigkeiten gab. Alle ihre Mitglieder einte eine versöhnende Sorglosigkeit und eine verwandte Art, die Welt zu sehen, die Politik zu beurteilen, den persönlichen Geschmack zu zeigen, die jeweils herrschende Mode zu kritisieren oder mitzumachen. Im Hause Arnolds gab es nicht einmal jene häuslichen Kümmernisse, deren Ursachen gewöhnlich in einem mißratenen Leibgericht zu suchen sind. Sogar die Kinder lernten gut, benahmen sich züchtig und schienen zu wissen, welche Verantwortung sie dem Namen ihres Vaters und seiner nicht unerheblichen Abstammung schuldig waren.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0007

Gewerkschaftsbewegung

Der IGB. zur internationalen Einheitsfront

Das Erscheinen der „Einheit“, des deutschen Organs zur Förderung der internationalen Gewerkschaftseinheit, gibt dem IGB. Veranlassung, sich etwas eingehender mit diesem Gedanken zu befassen. Seine Ausführungen hierzu unterscheiden sich insofern vorteilhaft von den Brandreden verschiedener deutscher Gewerkschaftsorgane, als sie sich wirklich zum ersten Male bemühen, dem Einheitsgedanken etwas objektiver gegenüberzutreten. Es heißt hier unter anderem:

„An sich können solche Publikationen (wie die „Einheit“) nur nützen, denn die Einheit muß kommen, und wer sie in ehrlicher Weise fördert, macht sich um die Arbeiterklasse verdient . . . Soll dies geschehen, so muß man sich in erster Linie darüber klar sein, daß sich zwei Richtungen gegenüberstehen und versucht werden muß, ob und wie sie einander nähergebracht werden können. Besitzt man die nötige Selbständigkeit und Offenheit, so wäre in diesem Sinne allerlei zu sagen. So könnte z. B. einmal auf die nötige Unterscheidung der russischen Gewerkschaftspolitik in Rußland selbst und der außerrussischen für die Dissidenten-Organisationen der anderen Länder richtunggebenden Gewerkschaftspolitik der Russen hingewiesen und deutlich gemacht werden, daß die russische Gewerkschaftspolitik in Rußland von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt werden sollte, als die außerrussische Gewerkschaftspolitik. Damit würde die vom IGB. nie mitgemachte kleinliche Kritik der russischen Gewerkschaften, deren Aufrechterhaltung für alle Arbeiter so wichtig ist, wie die Aufrechterhaltung der Sowjetrepublik überhaupt, gegenstandslos.“

Dieser letzte Satz will besagen, daß unter der Herrschaft der Arbeitermacht die Gewerkschaftspolitik von anderen Gesichtspunkten betrachtet werden muß, als in den Ländern, in denen die Gewerkschaften noch gegen die Kapitalisten kämpfen, und stellt in diesem Sinne vor allem eine Kritik an den unsinnigen Auslassungen des „Vorwärts“ über die russischen Gewerkschaften dar.

In der Besprechung wird dann weiter verlangt, daß die „Einheit“ in objektiver Weise untersuchen solle, warum bisher in Deutschland die Errichtung der Einheitsfront nicht möglich war, welche Möglichkeiten darin für die Zukunft bestehen. Ferner über Einheitsfrontversuche in anderen Ländern.

Man kann diesen Wünschen des IGB., die übrigens auch von einem großen Teil der deutschen Gewerkschaftspresse aufgenommen werden, nur zustimmen. **Es wird unsere Aufgabe sein, in den Gewerkschaften darauf hinzuweisen, daß selbst die Zentrale der Amsterdamer Internationale eine sachliche Aussprache über die Gewerkschaftseinheit wünscht.** Man kann aber nicht über internationale Gewerkschaftseinheit diskutieren, ohne zugleich die taktischen Differenzen zu besprechen, die in der internationalen Gewerkschaftsbewegung und zum Teil sogar im Lager der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale selber bestehen. Auch der IGB. fordert in seiner Besprechung der „Einheit“, daß man untersuchen möge, wie weit eine „Zusammenarbeit“ möglich sei, d. h. also, wie tief die taktischen Differenzen gehen. Das läßt sich aber auf keine andere Weise ergründen, als durch gegenseitige Aussprache, und daher sollte man diese Ausführungen zum Anlaß nehmen, um diese Aussprache so bald als möglich zu eröffnen.

Arbeitslose und Kurzarbeiter in den freien Gewerkschaften

Aus der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes („Gewerkschaftszeitung“ Nr. 3) ist zu ersehen, daß die Steigerung der Arbeitslosigkeit im Monat Januar auch die freien Gewerkschaften weiter stark in Mitleidenschaft gezogen hat. Von 3 237 271 Mitgliedern, die von der Erhebung erfaßt wurden, waren **705 699 völlig und 789 522 teilweise erwerbslos.** Von je 100 Mitgliedern waren **völlig arbeitslos: November 10,7, Dezember 18,9 und Januar 21,8. Kurzarbeiter** entfielen auf je 100 Mitglieder im November 16,0, im Dezember 18,6 und im Januar 22,8.

Nachstehend bringen wir eine Tabelle, die den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in 30 Verbänden darstellt:

Name des Verbandes	Arbeitslose Januar 1926 m.	wbl.	zus.	Dez. 1925 zus.	Kurzarbeiter Januar 1926 m.	wbl.	zus.	Dez. 1925 zus.
Baugewerksbund	51,1	—	52,1	47,8	—	—	—	0,1
Bekleidungsarbeiter	34,4	31,6	32,9	24,7	40,4	48,5	44,8	40,8
Buchbinder	12,0	14,4	13,6	11,9	36,5	42,0	40,2	21,2
Buchdrucker	6,3	—	6,3	4,1	13,2	—	3,3	0,9
Dachdecker	—	—	—	47,0	—	—	—	—
Fabrikarbeiter	20,9	19,8	20,0	18,2	16,2	21,9	17,5	15,0
Fleischer	15,6	16,7	15,8	19,0	13,2	24,3	14,7	11,8
Friseurgehilfen	6,8	6,2	6,7	8,0	0,4	1,6	0,5	0,9
Gärtner	30,7	33,5	31,1	26,9	1,6	0,3	1,5	1,1
Gemeinde- u. Staatsarb.	2,0	3,5	2,4	2,3	0,3	0,8	0,3	0,3
Glasarbeiter	17,3	14,2	16,9	12,4	14,1	20,6	15,0	14,6
Graphische Hilfsarbeiter	10,2	9,4	9,6	7,6	6,7	12,5	10,5	4 8
Holzarbeiter	33,2	22,6	32,3	25,1	23,3	37,1	24,5	22,2
Hutarbeiter	19,7	27,3	24,7	21,6	48,8	36,0	40,4	43,5
Lebensmittel- und Getränkearbeiter	5,6	14,8	6,2	5,8	2,5	5,5	2,7	2,1
Lederarbeiter	18,9	14,4	17,9	13,1	52,3	42,9	50,4	46,0
Lithographen	9,1	11,9	9,1	6,1	13,6	—	18,6	7,5
Kupferschmiede	16,0	—	16,0	10,7	12.6	—	12,6	6,1
Maler	39,2	20,2	39,1	31,0	4,6	12,6	4,7	10,6
Maschinisten	12,3	41,5	12,3	11,0	7,0	3,8	7,0	7,1
Metallarbeiter	19,2	14,5	18,8	15,2	33,6	23,5	32,8	30,1
Nahrungs- und Genußmittelarbeiter	15,6	23,0	19,2	22,0	7,1	31,0	18,7	11,2
Porzellanarbeiter	14,2	14,5	14,3	11,3	38,4	40,3	39,2	28,5
Sattler-, Tapezierer, Portefeuiller	34,8	30,6	34,0	25,3	33,1	41,5	34,7	35,2
Schuhmacher	37,8	37,7	37,7	33,4	47,7	45,9	46,9	46,9
Steinarbeiter	25,9	9,7	25,7	20,7	15,2	3,5	15,0	15,7
Tabakarbeiter	29,5	27,2	27,8	25,4	35,7	45,9	43,5	34,5
Textilarbeiter	13,1	13,1	13,1	6,7	54,4	46,8	46,2	28,8
Verkehrsbund	10,4	7,1	10,1	8,9	5,1	4,3	5,0	4,2
Zimmerer	—	—	—	37,0	—	—	—	—
Zusammen	22,8	18,0	21,8	18,9	19,8	34,8	22,8	18,6

Es sind also 44,6 Prozent aller freigewerkschaftlichen Mitglieder ganz oder teilweise erwerbslos. Aus diesen Zahlen ergibt sich die **ungeheure Verantwortung des ADGB.** und der um eine Zurückführung der freien Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes arbeitenden **Opposition.** Auf die Notwendigkeit der Erfassung und der Erhaltung aller arbeitslosen Gewerkschafter für die Verbände haben wir in der vorigen Nummer schon hingewiesen — **kein Mitglied darf verloren gehen.** Auf die Notwendigkeit eines entschiedenen Kampfes um Verbesserung der Lage der Arbeitslosen kommen wir an leitender Stelle dieser Beilage zu sprechen.

Die Genossen Hildebrandt und Behnke wieder in die Gewerkschaft aufgenommen

Der **Fabrikarbeiterverband** gehört mit zu den Organisationen, in denen es der reformistischen Leitung in den Jahren 1923/24 gelungen war, eine ganze Reihe oppositionell eingestellter, mit der Arbeiterschaft in den Betrieben verwurzelter Funktionäre, teils mit Hilfe eines reaktionären Statuts, teils direkt gegen die Statuten, aus der Organisation auszuschließen. So mußten auch unsere beiden Wittenberger Genossen Behnke und Hildebrandt daran glauben, und es gelang ihnen trotz eifriger Propaganda nicht, die über diese Provokation der gesamten Mitgliedschaft aufs äußerste erbitterten Kollegen und Kolleginnen restlos und trotzdem gerade wegen dieser Provokation im Verband zu halten. Erst allmählich auf Grund der schlimmsten Erfahrungen mit der Zersplitterung und **durch die unermüdliche Werbearbeit der Kommunisten** hat sich das Organisationsverhältnis im FAV. allmählich wieder gebessert.

Nach vielem Hin und Her und zahlreichen Anträgen der beiden Kollegen sowie direkt aus den Betrieben, beim FAV. sowohl wie beim ADGB., **sind die Genossen in die freie Gewerkschaft wieder aufgenommen** worden. Genossen Hildebrandt allerdings wurde der Wiedereintritt in den FAV. nicht bewilligt, weil er nicht mehr in einem Beruf bzw. Betrieb tätig ist, der in das Bereich des FAV. gehört. Er ist Mitglied einer anderen freien Gewerkschaft geworden.

Genosse Behnke wurde aufgenommen — als neues Mitglied und unter Vorlegung eines Revers. Ohne Schikanen geht es bei den Reformisten nun einmal nicht, und sie hätten vielleicht gern gesehen, daß der Kollege B. die Unterschrift verweigerte und sie sich dann als diejenigen hätten hinstellen können, die gewollt, aber nicht gekonnt hätten.

Die Mitgliedschaft des FAV. begrüßt den Kollegen Behnke aufs freudigste in ihrer Mitte. Die Skeptiker und Zweifler aber sehen, daß die Bäume der Gewerkschaftsbureaukraten doch nicht unbedingt in den Himmel wachsen. **Also heran, Kollegen und Kolleginnen, zu weiterer intensiver Arbeit in den freien Gewerkschaften.**

Großagrarische Scharfmacher-Tagung in Wittenberg

Hinweg mit den Leistungslöhnen

Am 10. Februar tagte in Wittenberg eine Sitzung des **Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für den Kreis Wittenberg,** die so recht ein Bild wirft auf die Absichten und auf die Demagogie, mit der auch und gerade die Großagrarier auf Kosten einer immer tiefer gedrückten Arbeiterschaft ihre Profite zu erhalten und zu steigern trachten. Neben einigen interessanten Ausführungen über im verflossenen Jahre meist schnell beigelegte „nur leichtere“ Streitfälle, die den geringen Widerstand der Land- und Forstarbeiterschaft gegen ihre Ausbeuter zeigen, ist besonders wichtig das Referat des Güterdirektors W. Lüders, Trotha, über **„Die Anwendung der Leistungslöhne und ihre Vorteile für den Landwirtschaftsbetrieb“.** Es ist so wichtig, daß wir den Auszug, den das „Wittenberger Tageblatt“ vom 13. Februar darüber brachte, bis auf einige Auslassungen wörtlich wiederzugeben für notwendig halten. Es heißt dort:

„Zweck und Ziel jeder richtig verstandenen und angewandten Landarbeitslehre ist die rationelle Ausnutzung aller im Landwirtschaftsbetriebe verwendeten Arbeitskräfte, sie seien menschlicher, tierischer oder motorischer Art.

Die Mittel und Wege, die zur Erreichung dieses Zweckes angewandt werden, sind verschiedener Art. Ein wichtiges Kapitel der Landarbeitslehre bilden die Leistungslöhne.

Ueber die praktische Anweisung und die Vorteile der Leistungslöhne will ich Ihnen auf Grund meiner Erfahrungen aus der Praxis berichten:

Wir haben es im Landwirtschaftsbetriebe mit zwei Lohnformen zu tun: 1. dem Zeitlohn, 2. dem Leistungslohn. Beide sind in Art und Wirkung sehr verschieden.

Bei dem Zeitlohn erhalten die Arbeiter ihren Lohn nach der im Betriebe vollbrachten Zeit — mit Arbeit verbrachten Zeit natürlich — ohne Rücksicht auf die während der Zeit erzielten Leistung. Wenn der Zeitlohn auch heute noch in der Landwirtschaft die größte Verbreitung hat, so liegt es einmal in der Furcht der Arbeitgeber, an den für die Durchschnittsarbeiter angenehmen Verhältnissen zu rütteln und dadurch Schwierigkeiten hervorzurufen. Oft aber auch ist der Arbeitgeber zu bequem, sich mit der anderen Lohnform, den Leistungslöhnen, zu befassen.

Die Not der Zeit zwingt uns aber, nach Mitteln zu suchen, die **produktionsfördernd undd dproduktionsverbillend wirken,** und so zeigt die Landarbeitslehre, wie wir **in der Leistungslöhnen ein solches Mittel** besitzen.

Bei der Gewährung von Leistungslöhnen laufen die Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers einander nicht entgegengesetzt. Der erstere hat ein Interesse daran, eine möglichst hohe Arbeitsleistung zu erreichen, die der letztere auch zu erreichen gewillt ist, wenn ihm dafür der seiner Leistung entsprechende Lohn gezahlt wird. Leistungslöhne können nun in den verschiedensten Formen gewährt werden: 1. Akkordlohn, 2. Prämienlohn, 3 gestaffelter Prämienlohn, 4. Prämienpensumlohn. . . .

Die Leistungslöhne sind durchaus nichts Neues, und sie sind nicht erst durch die Entstehung einer Landarbeitslehre bekanntgeworden. Daß aber die Verbreitung dieser Lohnmethode nicht größer ist, liegt an den Mißerfolgen die oftmals in der Praxis damit erzielt worden sind. Das ganze Fehlschlagen liegt oft daran, daß die betreffenden Betriebsleiter ohne genügende Kenntnis der Vorbedingungen ans Werk gegangen sind, mit ihren Maßnahmen auf Widerstand bei der Arbeiterschaft stießen und dann weitere Versuche unterließen. Nur größte Ruhe, schärfstes Denken und Ueberlegen und ganz allmähliches Vorgehen kann zum Ziele führen. Die Hauptschwierigkeit bei der Einführung der Leistungslöhne liegt in der richtigen Festsetzung des Akkord- oder Prämienlohnsatzes. Ein Fehlgriff in dieser Beziehung macht sich immer unliebsam bemerkbar. Oftmals hat die Akkordarbeit oder die Prämiengewährung eine Mehrleistung nicht erbracht, oder auch die Mehrleistung ging auf Kosten der Güte der geleisteten Arbeit, dann entstanden durch vergrößerte Betriebsausgaben keine Vorteile für den Betrieb. Waren die Lohnsätze zu niedrig, so entstand eine Verbitterung der Arbeiter, und für die Zukunft wurde von diesen jede Prämien- und Akkordarbeit abgelehnt.

Wie ist nun diesen Schwierigkeiten zu begegnen? Es ist zunächst einmal notwendig, daß sich der Betriebsleiter ein genaues Bild von der Leistungsmöglichkeit seiner Arbeitnehmer verschafft, und zwar durch eigene **Beobachtung und Feststellung.** Solche Arbeitsbeobachtungen sind nun nicht immer einfach. Merken die Leute den Zweck der Beobachtung, die Feststellung der Normalleistung zur Errechnung eines Leistungslohnsatzes, so werden sie das Arbeitstempo verlangsamen, daß sie dadurch einen möglichst hohen Lohnsatz zugebilligt bekommen werden. Andererseits kann auch ein Trugergebnis bei der Beobachtung und Feststellung der Leistungsmöglichkeit entstehen, wenn der Betriebsleiter, der noch eine gewisse Autorität bei den Leuten besitzt, sich unmittelbar zu seiner Kolonne stellt und dadurch die Leute zu einem beschleunigten Tempo veranlaßt. Die hierbei gewonnene Feststellung kann nicht die Grundlage für eine Festsetzung des Leistungslohnsatzes bilden.

Der Leistungslohn soll keine Verbilligung der Arbeit sein, sondern eine Beschleunigung derselben. Wir können und sollen wohl die Arbeitskräfte im Landwirtschaftsbetriebe ausnutzen im wahrsten Sinne des Wortes, niemals aber ausbeuten. Das ist auch der Grundgedanke der Landarbeitslehre, wie schon zu Anfang des Vortrages ausgeführt wurde . . .“

Aus der reichen Fülle der praktischen Beispiele, die den trefflichen Vortrag so hochinteressant machten, sei nur folgendes angeführt:

„In meiner Hauptwirtschaft war der Sackaufzug kaputgegangen. Es war Druschperiode, und das Getreide mußte 25 Stufen hoch heraufgetragen werden. Die Leistungen waren unbefriedigend. Ich ordnete Akkordtragen an und bot angesichts der schweren Arbeit, die von zwei ungewöhnten Leuten während fünf Stunden ausgeführt werden sollte, pro Sack = 50 Kilo, 3 Pfennige. Erklärung: „Machen wir nicht!“ Der Inspektor meldete mir dies. Ich sagte, ich wolle die Sache selbst regeln.

Ich beobachtete unauffällig von meinem Fenster die Arbeit. Der Inspektor war in der Nähe des Bodens. Leistung: alle drei Minuten ein Sack. Der Inspektor ging in die Viehställe in der Nähe des Getreidebodens: alle vier bis fünf Minuten ein Sack. Der Inspektor ritt zum Tore hinaus, und schon kam nur alle sechs bis sieben Minuten ein Sack zum Boden.

Jetzt war für mich die Zeit da zum Eingreifen. Ich ging an den Wagen und forderte den einen Mann, der im Begriff war, einen Sack auf die Schulter zu nehmen, auf, nach seiner Uhr zu sehen. Es geschah. Ich sagte zu ihm: „Nun gehen Sie so langsam wie Sie nur wollen und können die Treppe hoch, schütten Ihren Sack aus und gehen so langsam wie Sie wollen und können die Treppe wieder herunter.“ Ich folgte ihm bei dem ganzen Arbeitsgang. Unten angekommen, stellten wir beide gleichmäßig die verbrauchte Zeit mit 2½ Minuten fest. Ich sagte: „So, eine halbe Minute gebe ich noch für die Pausen zu, dann kann also im langsamsten Tempo in drei Minuten ein Sack hochgeschafft werden, das macht pro Stunde 20 Sack, und das verlange ich unbedingt von Ihnen, wenn Ihnen ja daran gelegen sein sollte, in Ihrem Arbeitsverhältnis zu bleiben.“ Alles natürlich in vollster Ruhe. Tatsächlich war im Laufe des Halbtages das von mir geforderte Pensum erreicht. Ich sagte nun den Leuten: „Ihr habt die Stunde 20 Sack getragen, das macht mit 3 Pf. pro Sack 60 Pf. Stundenverdienst, leider habt Ihr den Akkord abgelehnt und wollt nur Euren Zeitlohn von 20 Pf. (außer Deputat) pro Stunde haben,“ worauf mir die Leute ins Wort fielen und meinten, sie hätten sich's überlegt, ob ich denn noch nicht den Akkord auszahlen wollte. Selbstverständlich ist das geschehen, und der Inspektor hat keine Not mehr mit dem Säckeabtragen gehabt Als nach drei Tagen der Sackaufzug repariert war, entstand allgemeines Bedauern . . .“

Zum Schluß faßte der Redner die Vorteile der Anwendung der Leistungslöhne für den Wirtschaftsbetrieb wie folgt zusammen:

„1. Die Leistungslöhne geben die Möglichkeit, alle Arbeitsspitzen leicht zu überwinden und dadurch alle Arbeiten zur rechten Zeit fertigzustellen. Hierdurch wird auch eine Lohnersparnis erzielt. Nicht rechtzeitig fertiggestellte Arbeiten wie Hacken, Jäten, Kartoffel- und Rübenroden bedingen einen bedeutenden Mehraufwand an Zeit, und damit auch an Lohn. Rechtzeitiges Hacken fördert das Pflanzenwachstum und bringt dadurch höheren Ertrag. Rechtzeitig ausgeführte Erntearbeiten bei Getreide, Erbsen und auch bei den Hackfrüchten schützen vor Verlust. Rechtzeitige Fertigstellung der Ackerarbeiten vor dem Winter bringt Feuchtigkeit in den Boden und befördert die Gare.

2. Die Leistungslöhne bedingen indirekt eine Ersparnis an Lohn, indem weniger Leute gehalten zu werden brauchen und in arbeitsflauer Zeit mit geringen oder keinen Nutzen bringender Füllarbeit beschäftigt werden müssen. Wir sparen Wohnungen und deren Unterhaltung.

3. Durch die Leistungslöhne führen wir den fleißigen Arbeitern ein erhöhtes Arbeitseinkommen zu, schaffen uns dadurch einen guten Stamm seßhafter, am Betrieb interessierter, zufriedener Leute.

4. Die Leistungslöhne ermöglichen eine weitgehendste Ausnutzung des Maschinen- und Geräteinventars (Bindemähmaschinen, Drillmaschinen, Hackmaschinen, Motorpflüge usw.).

5. Durch die Leistungslöhne werden die Erträge der Wirtschaft ohne Verursachung von Mehrkosten erhöht.“

Diese „vortrefflichen“ Ausführungen fanden natürlich „den ungeteilten Beifall“ aller anwesenden Herren Großagrarier. Der Arbeiter aber sieht, wie es mit ihm gemacht wird. Er muß **um einen Grundlohn kämpfen,** und zwar für alle Kategorien, der ein **menschliches Leben** gewährleistet. Er darf sich nicht durch die demagogischen Reden über das „Zusammenlaufen der Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers“ einfangen lassen. Diese Interessen laufen gegeneinander; der Leistungslohn bedeutet 1. eine ungeheure Hetzjagd und Antreiberei, trotz der gnädig gewährten Pause von einer halben Minute zwischen jedem Sack-Hinaufschleppen, 2. Drückung des Grundlohnes, 3. Profiterhöhung für den Unternehmer ohne irgendwelche günstige Auswirkungen für die Arbeiterschaft.

Die Tagung in Wittenberg zeigt jedem Landarbeiter noch einmal mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wie dringend die **Bildung einer festen Abwehrfront im und durch den Deutschen Landarbeiterverband ist.** Auf seinem Verbandstag in diesem Monat muß der DLV. seine Mitglieder klar gegen die Leistungslöhne einstellen.

Das Betriebsräte-Programm der „Vaterländischen“

Freigewerkschaftliche Betriebsräte ist die Parole des klassenbewußten Proletariats

Die „Deutsche Werksgemeinschaft“, das „Organ der Vaterländischen Arbeiter- und Werkvereine Groß-Deutschlands“ nimmt in seiner Nummer 10 auch **Stellung zu den Betriebsratswahlen.** Zuerst heißt es in dem Aufruf an die „Vaterländischen Arbeiter und Arbeiterinnen“, daß die Betriebsräte eigentlich Unsinn sind, und daß in den Betriebsräten doch nur „palavert“ wird und an praktischer Arbeit doch nur recht wenig geleistet werde. Aber dann werden die Völkischen, Wehrwolf und was sonst alles sich bei den „Vaterländischen“ gesammelt hat, aufgefordert, rege zu arbeiten, um den „kommunistisch-sozialistischen Janhagel“ zu beseitigen und die Funktionen zu erobern, mit folgendem Programm:

1. Errichtung von Werkstarifen bzw. Werksvereinbarungen und Niederhaltung eines überspannten Tarif-Schematismus.

2. Aufbau des Lohnsystems auf der Grundlage des Leistungslohnes unter Berücksichtigung der Betriebslage.

3. Wiedereinführung und Ausbau der Wohlfahrtspflege der Werke, als im Interesse der Arbeiterschaft und ihrer Familien liegend.

Die Tendenz dieses Programms ist klar: Nicht eine zentralistische und dadurch gegenüber dem konzentrierten und fest organisierten Unternehmertum kampffähige Arbeiterklasse, sondern Zersplitterung in den einzelnen Betrieben; Auslieferung der Belegschaften an die einzelnen Werksbesitzer, die unter Entlassungsdrohungen je nach Willkür die Arbeitsbedingungen immer schlechter gestalten. Bezeichnend ist, daß die „Vaterländischen“ Arbeiter-Vereine für Leistungslohn eintreten, genau wie die Herren Großagrarier und Industriebarone.

Die Arbeit der Gelben muß dem freigewerkschaftlichen und klassenbewußten Arbeiter und der Arbeiterin die Augen öffnen, daß sie noch rühriger arbeiten, als diese Streikbrechergarden. Die Parole ist:

Nur freigewerkschaftliche Betriebsräte und

Kein Betrieb ohne Betriebsrat!

Unternehmer-Provokation auch im Bäckergewerbe

Aus Dortmund wird uns berichtet:

Die in der Obermeisterinnung zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände des **Nahrungs- und Genußmittelgewerbes** haben die Kündigung des für den bestehenden Bezirk gültigen Tarifvertrages, dem etwa 6100 Betriebe unterstellt sind, ausgesprochen. **Die Kündigung ist ohne jeden Kommentar und ohne jede Begründung erfolgt.** Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages wurden nicht vorgeschlagen, sondern es wurde erklärt, daß die Unternehmer darauf keinen Wert legen. Am 5. März sollten nunmehr Verhandlungen vor dem Reichskommissar des Schlichtungswesens stattfinden.

In einer vom Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband einberufenen Versammlung in Dortmund protestierten die Bäcker- und Konditorengehilfen entschieden gegen diese Abbaumaßnahmen der westfälischen Bäckerinnung und stellten ihre Gegenforderungen auf:

Abschaffung des Kost- und Logiszwanges im Hause des Bäckermeisters.

Einführung einer geregelten Arbeitsvermittlung.

Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit sowie der Verordnung des Regierungspräsidenten vom August 1925 betr. Nachtbackverbot.

Eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0008

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, den 8. März 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 56

Demokratische Fürstenlakaien

Demokraten-Aufruf gegen Volksbegehren

Die **demokratische Parteileitung** erläßt nach einem Beschluß der demokratischen Reichstagsfraktion einen **Aufruf, worin sie sich für den neuen Kompromißentwurf** erklärt, und ihre Mitglieder auffordert, sich **nicht am Volksbegehren zu beteiligen,** „das angesichts der Unsicherheit des Ausganges und der Bedenken gegen seine Formulierung nur dann zu empfehlen war, wenn eine annehmbare parlamentarische Regelung nicht erreicht worden wäre." Der Parteiausschuß soll am kommenden Mittwoch um seine Zustimmung ersucht werden.

Der neue Kompromißentwurf sieht die bekannten „Verbesserungen" vor, die das Zentrum forderte. **Es bleibt bei einem Sondergericht, das aus fünf Berufsrichtern und vier sogenannten Laien besteht.** Wie uns berichtet wird, haben die Demokraten diesen Beschluß **auf den Druck Luthers** hin gefaßt. Luther drohte in der Besprechung der Regierungsparteien, die Regierung hochfliegen zu lassen und **die Demokraten auszuschiffen,** wenn sie nicht klipp und klar für die Kompromißlösung eintreten würden.

Die Demokratische Partei stellt sich damit **im Gegensatz zu großen Teilen ihrer Anhänger,** die bereits die Beteiligung am Volksbegehren gefordert und beschlossen haben. Besonders **die Jungdemokraten von Bayern, Hamburg und Berlin haben dem Volksbegehren zugestimmt.** Es bleibt abzuwarten, wie weit die Massen der kleinbürgerlichen Anhänger der Demokraten der Parole der Parteileitung folgen werden.

Im „Berliner Tageblatt" beginnt bereits eine „parlamentarische Seite" die Aussichten für die Annahme des Kompromißentwurfes zu untersuchen. Die parlamentarische Seite schreibt:

„Für das Zustandekommen des Kompromisses ist eine Zweidrittelmajorität im Reichstage notwendig, da der Kompromißgesetzentwurf als verfassungsändernd angesehen wird. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, **dürfte die Sozialdemokratie bei der weitgehenden Fassung des Kompromißentwurfes sich doch entscheiden dafür, zu stimmen.** Es fehlen dann bei der Zustimmung der Sozialdemokraten an der Zweidrittelmehrheit noch fünf Stimmen. Das Zünglein an der Wage werden daher letzten Endes die Deutschnationalen bilden."

Es ist interessant, daß **die Demokraten bereits mit der Zustimmung der Sozialdemokraten rechnen** und die Frage der Zustimmung der Deutschnationalen nur ganz nebenbei behandeln. Allerdings versuchen sie, den Monarchisten dadurch Angst zu machen, daß sie behaupten, bei einem Scheitern des Kompromisses würde eine Volksbewegung entstehen, die die jetzige Bewegung weit in den Schatten stellt.

Wir glauben, daß **diese Steigerung als Antwort auf die Kuhhandelei der Bürgerlichen schon jetzt entstehen muß und entstehen wird.** Im „Berliner Tageblatt" wird noch mitgeteilt, daß Voraussetzung für das Zustandekommen des Kompromisses überhaupt war, daß die Parteien, die dem Kompromiß zustimmen, sich am Volksbegehren nicht beteiligen. **Diese Nichtbeteiligung** an dem Volksbegehren stellt **einen Teil des Kompromisses** dar.

Rebellion der demokratischen Mitglieder gegen ihre Parteileitung

Gründung eines demokratischen Ausschusses für Volksbegehren — Die demokratische Jugend ruft zum Volksentscheid auf

Nachdem sich bereits ein **„staatsbürgerlicher Ausschuß für Förderung des Volksbegehrens"** gebildet hat, dessen Mitglieder — darunter der demokratische Abgeordnete **Nuschke** — durchweg als Mitglieder der Demokratischen Partei **entgegen der Parole der Parteileitung für die Unterstützung des Volksbegehrens** aufrufen, schreibt der **Generalsekretär der deutschen demokratischen Jugend, Walter Scholz,** in der **„Welt am Montag":**

Meine heutige Warnung an die Jugend im ganzen Reich und nicht nur an die demokratische, sondern an die gesamte, besonders auch an die in den Windhorst-Bünden organisierte Zentrumsjugend ist: zeigt, daß Ihr nicht nur die politische Reife, sondern sogar das politische und soziale Verständnis habt, welches vielen Eurer älteren Parteifreunden in dieser und auch in anderen Fragen leider fehlt. Seit dem 4. März liegen die Listen zur Eintragung zum Volksentscheid öffentlich aus. Nicht ein einziger wahlberechtigter Jugendlicher darf seine Eintragung versäumen."

Eine Fürstenkonferenz gegen das Volk

Bestechungsgelder für die Fürstenknechte und ihre Presse

Aus Amsterdam wird gemeldet, daß vor wenigen [illegible] früherer deutscher [illegible] stattgefunden hat, in [illegible] Volksentscheid beraten [illegible] sitz. Es wurde be[illegible] zur Beeinflus[illegible] der politischer [illegible] chen.

[illegible] geht, beweist folgende [illegible] Kreuzzeitung": [illegible] Kronprinz, ist in [illegible] der Villa Rocca[illegible] kt für einige Mo-

Das neueste Fürstenkompromiß,

die Demokraten und das hallische „Volksblatt"

Halle, 8. März.

Die Regierungsparteien haben am Ende der letzten Woche ein „neues" Fürstenkompromiß geschlossen, das der demokratischen Reichstagsfraktion gestattete, endgültig in das Lager der Fürstenfreunde hinüberzuschwenken. Die schwankende Stellung, die die Demokraten in den letzten Tagen eingenommen hatten, war lediglich dadurch zu erklären, daß **durch den Druck der Mitgliedermassen zahlreiche Landesverbände** sich geschlossen für das Volksbegehren ausgesprochen hatten, so daß man mit Rücksicht auf diese Wählermassen in gewisser Weise mit dem Volksbegehren liebäugeln mußte.

Als Begründung für dieses Einschwenken in die Fürstenfront gibt die Leitung der Demokratischen Partei an, daß das Kompromiß in der Fürstenfrage zugunsten der demokratischen Vorschläge umgemodelt worden sei. In Wirklichkeit jedoch ist diese „Verbesserung des Kompromisses" ein **Lügenmanöver sondergleichen.** Nichts ist gebessert. Alles ist beim alten geblieben. Die Lüge, daß Verbesserungen erzielt worden seien, ist nur der Vorwand für die demokratische Parteileitung, um sich von dem lästigen Volksbegehren loslösen zu können.

Die Demokraten hatten vorgegeben, dem ersten Kompromißentwurf könne deshalb nicht zugestimmt werden, weil die Entscheidung über die Fürstenvermögen in den Händen eines Sondergerichtes liege, das, von durch Hindenburg ernannte Berufsrichter gebildet, keine Garantie böte, daß die Materie der Fürstenvermögen in einer einigermaßen erträglichen Weise gelöst würde. Die Demokraten plädierten für eine **parlamentarische Kontrolle** dieser Materie, als wenn nicht gerade das Parlament bei dieser Frage mehr als versagt hätte.

Ferner hatten die Demokraten in ihrer Kritik gegenüber dem früheren Kompromiß geäußert, daß das bisher vorliegende Kompromiß durchaus keine rückwirkende Kraft habe. Man müsse aber gerade das schon begangene Unrecht durch ein neues Gesetz wieder aus der Welt schaffen. Auch in diesem Punkt bleibt das „neue" Kompromiß gänzlich fruchtlos. Von einer rückwirkenden Kraft kann nicht die Rede sein.

Trotzdem verkündet das „Volksblatt" vom Sonnabend in einem Leitartikel, der die Ueberschrift trägt: „Keine Lösung", daß das neue Fürstenkompromiß einen erheblichen Vorteil gegenüber dem alten aufweise. Das „Volksblatt" gibt auf diese Weise in Ermangelung eines hier nicht existierenden demokratischen Blattes „die Aufklärung" für die demokratischen Wähler **im Sinne der demokratischen Reichstagsfraktion.** Das „Volksblatt"" schreibt wörtlich:

„Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dieses neue Kompromiß erhebliche Verbesserungen gegenüber dem alten enthält. Die Richter sind zur Hälfte aus Berufsjuristen und zur anderen Hälfte aus Laien zusammengesetzt. Dauernder Vorsitzender soll der demokratische Reichsgerichtspräsident Dr. Simons sein. Aller Besitz der Fürsten, der auf Souveränitätsakte zurückgeht, soll entschädigungslos an den Staat fallen. Die großen Herrschaften Krojanke-Flatow, Wusterhausen, die Schmalkaldener Forsten und auch die Oelser Besitzung des ehemaligen Kronprinzen soll der Staat zurückerhalten. Und nur das, was als einwandfreier Privatbesitz und aus privaten Mitteln erworben festgestellt wird, soll entschädigt werden. Auch in diesem Fall, für den die ehemaligen Fürsten den Beweis anzutreten haben, ist eine eventuelle Enteignung des beanspruchten fürstlichen Besitzes vorgesehen, falls das öffentliche Interesse es erfordert."

Diese „demokratische Aufklärung" ist mehr als skandalös, nicht nur, weil sie durchaus falsch und verkehrt ist, sondern weil diese „Aufklärung" von einem Blatt gegeben wird, das, parteimäßig gesehen, für das Volksbegehren und für den Volksentscheid eintritt. Tatsache ist, daß der neue Gesetzentwurf zur Hälfte aus Berufsjuristen, zur anderen Hälfte aus Laien zusammengesetzt werden soll. Der frühere Gesetzentwurf sah ein Richterkollegium vor, das lediglich aus Berufsrichtern bestand. Aber trotzdem wird **kein Dent an dem Sinn des früheren Fürstenkompromisses** geändert, weil der Vorsitzende ebenfalls Berufsrichter ist und dieser Vorsitzende die ausschlaggebende Stimme besitzt. Den vier Laienrichtern stehen nicht vier, sondern fünf Berufsrichter gegenüber, so daß bei allen Fragen die sogenannten **Laienrichter, die ebenfalls von Hindenburg ernannt (!) werden,** von den fünf Berufsrichtern überstimmt werden können. Von einer Verbesserung gegenüber dem früheren Kompromißentwurf kann nur ein Demagoge reden oder ein Mensch, der von den Auswirkungen juristischer Spitzfindigkeiten keine Ahnung hat. Das Richterkollegium, das in jedem Fall hindenburgisch sein wird, hat nämlich darüber zu entscheiden, was „Staatseigentum" und was „Privateigentum" ist. Es ist nichts anderes als unverantwortliche Demagogie, wenn das „Volksblatt" erklärt, daß durch das neue Kompromiß entschieden sei, welche Güter an den Staat und

Roter Tag von [illegible]hal

Massenschwur am Grabe der Märzgefalle[illegible] Roten Front

Der Rote Tag in Teutschenthal wurde mit einer Kundgebung bereits am Sonnabendabend eingeleitet, die sehr stark besucht war und in der der Genosse **Maslowski,** Halle, über die historische Bedeutung der Märztage gerade für das Teutschenthaler Gebiet sprach. Auffallend war der außerordentlich gute Besuch durch die **Frauen.**

Am Sonntagfrüh begann das große Sammeln. Von allen Seiten rückten die Kolonnen des Roten Frontkämpfer-Bundes in das schwarze Gebiet des Großagrariers **Wenzel** ein. Von Halle allein ließen sich ungefähr 1500 Frontkämpfer auf 14 Lastautos mit Anhängerwagen nach Teutschenthal befördern. In allen Orten, Lettin, Dölau, Salzmünde, Cöllme, wurden die vollbesetzten Wagen mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Insbesondere war in Lettin fast die gesamte Bevölkerung auf den Beinen. Die Agitationslokale für das Volksbegehren waren sehr stark besetzt.

In **Langenbogen** wartete am Ausgang des Ories eine große Menschenmenge auf die Ankunft der hallischen Autos. Unter Trommelwirbel marschierten die 1500 Frontkämpfer in Langenbogen ein, wo sich die Arbeiterturner, Arbeiter-Radfahrer und die Ortsgruppen des RFB. und der KPD Langenbogen anschlossen. Die Häuser waren verlassen, Männer, Frauen und Kinder, alles hatte sich in der Nähe des Friedhofes versammelt, um an der **Einweihung eines Gedenksteines** für den im Jahre 1924 meuchlings ertochenen **Genossen Paul Schmidt** teilzunehmen. Aus dem Gasthof lugten [illegible] in Teil der Schupo [illegible] f den Bänken des [illegible] Genosse **Lademann** [illegible] gen Hintermänner [illegible] e auch in Langen[illegible] Wir setzen das Denk[illegible] Gelöbnis, das zu [illegible] mit uns begonnen [illegible] ur, dieses Gelöbnis

Die Fahrt ging bei Märzenwetter weiter nach **Teutschenthal.** Schon der Einzug der Frontkämpfer aus Halle, denen sich inzwischen noch die umliegenden Ortsgruppen angeschlossen hatten, gestaltete sich zu einer **gewaltigen Kundgebung.** U. a. waren erschienen eine große Anzahl von Ortsgruppen des Saalkreises, Delegationen aus Eisleben und Helfta, Gerbstedt, Mansfeld. Sogar die Ortsgruppen Merseburg und des Geiseltales waren auf ihren Lastwagen nach Teutschenthal gekommen. Teutschenthal machte an diesem Tage nicht den Eindruck einer reaktionären Hochburg, wo der Gutsbesitzer Menzel unumschränkt herrschen kann. **Mindestens jedes dritte Haus war mit roten Fahnen und Girlanden geschmückt,** fast alle Einwohner trugen die Festabzeichen des Roten Tages, über den Straßen begrüßten rote Schilder die Einziehenden mit „Rot Front".

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260308-10/fragment/page=0009